

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,60 M.,
im voraus zahlbar, Postbezug 4,32 M.,
einschließlich 60 Pf. Postwertungs- und
72 Pf. Postbefreiungsgeldern. Zusatzen-
abonnem. 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäg-
lich zweimal, Samstags und Montags
einmal, die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, illustrierte Beilagen „Welt
und Zeit“ und „Kinderfreund“, „Ferner
Frauenstimme“, „Tagebuch“, „Bild in
die Arbeiterwelt“, „Jugend-Vorwärts“
und „Stadtbeilage“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konparierung
20 Pfennig, Reklamewerke 5.— Reichs-
markt, „Kleine Anzeigen“ das stän-
dige Wort 25 Pfennig (zwei- bis
dreifache Worte), jedes weitere Wort
12 Pfennig, Stielangelegenheiten des
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte, Arbeitsmarkt
Zeile 60 Pfennig, Familienanzeigen Zeile
40 Pfennig, Anzeigenannahme im Haupt-
geschäft Lindenstraße 3, wochentäglich
von 8, bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten, Wallstr. 63, D. B. u. Dis.-Ges., Postfach 10000 Berlin.

Gewerkschaften für Partei!

Aufruf des ADGB. zur Reichstagswahl.

Arbeiter, Arbeiterinnen Deutschlands!

Stabilisierung des Friedens.

Eine neue Reichstagswahl steht bevor. Der 14. September wird entscheidend sein für das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse. Die Notverordnungen, die von der Reichsregierung unter Mißbrauch des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassen worden sind, reden eine deutliche Sprache. Schonung des Besitze und schonungslose Belastung der geringen Einkommen, rückwärtslose Abwälzung aller Lasten auf die Schichten des Volkes, die ohnedies durch die furchtbare Arbeitslosigkeit das schwerste Notopfer auf sich zu nehmen haben!

Die Probleme der ost- und südosteuropäischen Grenzen.

Ueber die Weichsel und über den Rhein wird drohend herüber- und hinübergeredet. Den Auftakt gab der Reichsminister Treviranus. Er hat im Westen keine besetzten Gebiete mehr zu betreuen und wendet sich nun nach dem Osten. Statt sich aber auf seine Aufgaben als Kommissar für die Osthilfe im Innern des Landes zu beschränken, tappft er in die europäische Politik und erklärt: „die Vereinigung der Ostfrage ist jetzt nach der Liquidation des Rheinproblems akut. Sie steht auf dem nächsten außenpolitischen Programm der Reichsregierung.“ Diese und ähnliche Ausführungen eines seiner Verantwortung nicht bewachsenen riesen den Protest der polnischen Regierung hervor. „Die Integrität des polnischen Staates sei gefährdet; es werden Stimmungen geschaffen, die zu den Grundlagen friedlicher Zusammenarbeit in Widerspruch stehen.“ Der deutsche Geschäftsträger erwidert, daß in der Rede nichts enthalten sei, was mit den bestehenden Verträgen in Widerspruch stünde. Kurz vorher schon ist die französische Rechtspresse losgestürzt, Poincaré greift Deutschland als den ewigen Störenfried an, und Briand verweist den deutschen Botschafter in Paris auf diese Stimmen, die die Politik der Befriedung und Annäherung an Deutschland erschüttern müssen. Die polnische Rechtspresse hinwiederum verlangt, daß das Liquidationsabkommen mit Deutschland rückgängig gemacht wird; sie fordert die Beilegung deutscher Schulen in Polen!

Löhne und Kaufkraft der breiten Massen werden gesenkt. Die soziale Versicherung wird verschlechtert, Arbeitslose und Kranke werden noch größerem Elend preisgegeben. Die sozialen Grundrechte des neuen Staates werden zerstückelt. Der Einfluß der Arbeiterschaft in der Führung des Staates wird planmäßig ausgeschaltet.

Innerhalb eines gefestigten demokratischen Staatswesens ziehen die Parteien gegeneinander in die Wahlschlacht, indem sie nicht nur die Forderungen der Stunde gegeneinander erheben, sondern auch ihre grundsätzlichen Auffassungen und Gegenstände in voller Schärfe gegenseitig aussprechen. Zwischen den Staaten hat diese Methode noch immer zu Stimmungen und Verstimmungen geführt, die schließlich in gewalttätigen Auseinandersetzungen explodierten. Europa bildet kein übergeordnetes Staatswesen, in dem ohne Scheu vor Konsequenzen die öffentlichen Meinungen gegeneinander aufmarschieren könnten, ohne den Frieden zu gefährden. Wäre das Vertrauen auf den Völkerbund größer, wären die Rüstungen begrenzt würden, Sicherheitsabkommen und Kriegsverichtsverträge einen wirklichen Bestandteil des europäischen Bewußtseins bilden, so wäre die offene Diskussion wie in der inneren Politik auch in der äußeren möglich. Aber so weit ist man in einem Europa noch nicht, dessen Schaffung ja kaum in den ersten Anfängen sichtbar wird.

In dieser Situation, in der sich auf allen Gebieten der Sozial- und Wirtschaftspolitik der Einfluß des reaktionären Unternehmertums im Parlament immer stärker durchzusetzen droht, gibt es für die Gesamtheit der deutschen Arbeitnehmer nur eine Partei, die sie mit dem Einsatz ihrer ganzen Kraft zu unterstützen hat:

Die Sozialdemokratie.

Nur die Sozialdemokratie hat das im neuen Staat geschaffene soziale Recht im Bunde mit den Gewerkschaften verteidigt. Sie hat den Kampf führen müssen gegen die geschworenen Feinde des neuen Deutschlands auf der äußersten Rechten und Linken, aber auch gegen jene Parteien, die auf dem Boden der Weimarer Verfassung zu stehen vorgeben. Sie mußte ihn auch führen gegen manche Arbeitervertreter in den bürgerlichen Parteien, die die Lebensinteressen der Arbeiterschaft in den sozialpolitischen Kämpfen der letzten Vergangenheit widerstandslos preisgegeben haben. Sie steht im Kampf gegen alle die radikalen Parteien, die eine hemmungslose Agitation gegen die freien Gewerkschaften führen und ebenso verantwortungslos wie verworren: bald den bolschewistischen Sowjetstaat, bald das faschistische „Dritte Reich“ versprechen.

Immerhin könnte die zur Unzeit entfesselte Diskussion in Frankreich ein gewisses Gefühl der Benützung auslösen. Weder der nicht zuständige Reichsminister noch die deutsche Rechtspresse überhaupt haben ein Wort über die deutsche Westgrenze verloren. Die deutsch-französische Grenze ist seit Locarno vertraglich stabilisiert. Der Verzicht auf die Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens, auch auf friedlichem Wege, ist seitdem tief in das Bewußtsein der deutschen Nation übergegangen. Ja, bei den deutschen Nationalisten geht die Ablehnung von dem Westen so weit, daß sie hinter dem Osten sogar berechnete Klagen z. B. über die Behandlung der Saarfrage zurückstellen. Hier hat der Vertrag von Versailles noch eine offene Wunde gelassen. Erst 1935 soll die Volksabstimmung stattfinden, von der jedermann weiß, daß sie überwältigend zugunsten Deutschlands ausfallen wird. Das Saargebiet ist zwischen Deutschland und Frankreich die eine Stelle, wo der Friede noch nicht stabilisiert ist. Frankreich würde den Interessen des eigenen Landes am besten dienen, wenn es mit der Lösung des Saarproblems alsbald eine volle Vereinigung seiner Grenzen im Osten herbeiführt.

In dem großen Ringen um den demokratischen Ausbau der deutschen Republik, um das wirtschaftliche und politische Mitbestimmungsrecht der Arbeiterklasse, um die Ausgestaltung der Sozialversicherung und die Erweiterung des sozialen Schutzes stehen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften allein.

Die Reformvorschlüsse der Sozialdemokratie zur Finanzreform und Wirtschaftsbelebung, deren Grundgedanken die Schaffung neuer Arbeitsgelegenheit und die unbedingte Aufrechterhaltung der sozialen Verpflichtungen des Reiches waren, sind von der Reichsregierung in den Wind geschlagen worden, weil die gegenwärtige Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien kein anderes Ziel vor Augen sehen, als eine rein bürgerliche Mehrheit gegen die Sozialdemokratie, gegen die Gewerkschaften, gegen die Arbeiterschaft.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands! Die Entscheidung liegt in euren Händen! Der Kampf geht um eure Zukunft! Eure Parole muß sein:
Gegen die liberal-konservative Einheitsfront der sozialen Reaktion!
Gegen die leeren Phrasen der Kommunisten und Nationalsozialisten!
Alle Stimmen der deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands!

Berlin, den 16. August 1930.
Vorstand und Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Die Polemik der Ewiggestrigen.

Der „Temps“ fürchtet die Vergiftung des Friedens.
Paris, 15. August. (Eigenbericht.)
Das Interview des Herrn Treviranus in der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“ hat den Sturm der Entrüstung in der französischen Presse, der auch durch den wenig gegliederten Abschwächungsversuch seiner Rede im Rundfunk kaum besänftigt worden war, aufs neue mit aller Heftigkeit entfesselt. Der „Temps“ erklärt, daß die neuen Erklärungen Treviranus im Ton und Inhalt nicht weniger beunruhigend seien als die ersten. Herr Treviranus habe offenbar keinerlei Angst, vom Kabinett Brüning desavouiert zu werden. Im Gegenteil, er spiele den Wortführer der deutschen Regierung. Durch die Art, in der er das tue, bestehe die Gefahr, daß die internationalen Fortschritte, die im Laufe des letzten Jahres erzielt worden seien, für die nächste Zukunft einfach vergiftet werden würden. Der „Temps“ unterstreicht, daß der „Vorwärts“ das einzige Blatt war, das den Vorstoß Treviranus verurteilt habe und zitiert wörtlich die Ansicht, welcher der „Vorwärts“ Ausdruck gab, daß das Geschrei des Ministers für die vormals besetzten Gebiete die Lösung der Ostgrenzfragen nicht nur nicht erleichtern, sondern in der ganzen Welt Miß-

trauen gegen Deutschland erweckt hat. Im Gegensatz zum „Vorwärts“ habe es aber Herr Brüning und sein Ministerium bisher nicht für notwendig gehalten, öffentlich zu erklären, in welchem Maße sich die deutsche Regierung mit den unverantwortlichen Erklärungen des Ministers solidarisiert.

Noch schärfere Töne schlägt der „Intransigent“ am Freitag an. Er erklärt, durch die letzten Ausführungen eines verantwortlichen deutschen Ministers sei das Ausland hinlänglich gewarnt worden. Die dritte Erklärung Treviranus im Laufe einer Woche werde das einzige Resultat nach sich ziehen, eine Verschärfung der deutsch-französischen Polemik heraufzubeschwören und die deutsch-französischen Beziehungen zu lähmen, die im Grunde genommen nach der Befreiung des Rheins doch einen Aufschwung hätten nehmen sollen.

Türkei beruft Persien-Botschafter ab.

Zuspikung im Karden-Konflikt.
Paris, 15. August.
Savas meldet aus Teheran, die türkische Regierung habe ihren Botschafter in Teheran, Memduh Chevket Bei, abberufen.

Aber die Franzosen können es nicht lassen, sich für den ganzen Kontinent zu interessieren. Darin mögen manche den Ausdruck eines guten Europäertums sehen, andere werden finden, daß Frankreich auf diese Art seine Vorherrschaft über den Kontinent zur Geltung zu bringen versucht. Europäische Territorialfragen sind allerdings schon von jeher Angelegenheiten nicht nur der Anrainer, sondern aller europäischen Hauptstaaten gewesen. Vor hundert Jahren trat Belgien erst in internationale Existenz, als die Großmächte, auf einer Konferenz in London verammelt, ihre Zustimmung zur Gründung des neuen Staates gaben. Ein Anschluß Österreichs an Deutschland ist als europäisches Problem ausdrücklich in den Friedensverträgen von

Verfaßtes und St. Germain dem Völkervertrag übertragen. Jede Aenderung der europäischen Ostgrenzen, jede Stabilisierung des osteuropäischen Friedens ist eine Angelegenheit der europäischen Völkergemeinschaft.

Die Polen befinden sich mit ihrer Forderung, die Grenzverhältnisse im Osten so zu lassen wie sie sind, in politisch wenig günstiger Lage. Weil sie den Anspruch erhoben, einen Hafen am Meer zu besitzen, hat man sie in Versailles zu Oberherren der rein deutschen Stadt Danzig gemacht. Aber das Gewicht ihres Anspruches auf diesen deutschen Hafen vermindert sie selbst von Tag zu Tag. Sie haben Ödungen zu einem großen Hafen auszubauen begonnen; täglich werden Prospekte versandt, die die Modernität seiner Anlagen und die Güte seiner Verkehrsverhältnisse den Verfrachtern und Spediteuren der ganzen Welt anpreisen. Aber mit jeder Tonne, die Polen durch Frachtbegünstigungen von Danzig hinwegzieht und durch Ödungen leitet, vermindert sich das von ihnen beanspruchte Recht, deutsches Gebiet unter Kontrolle zu halten. Polens Stellung in der internationalen Diskussion wäre günstiger, wenn es nicht selbst durch den Bau des Konkurrenzhafens seine eigene Position an der Weichselmündung untergrübe.

Etwas Ähnliches gilt auch für den Korridor und für große Teile der abgetretenen Gebiete. Mehr und mehr ist man sich in Europa bewußt geworden, daß Polen seine Herrschaft in diesen Gebieten zu einer krassen Internationalisierung ausnützt. Wäre der deutsche Nationalismus weniger auf Herrschaft und Wiedererwerb eingestellt und mehr auf die Erhaltung des deutschen Volkstums bedacht, so würde gerade er die Forderung auf Revision der Grenzen zurückstellen, um dafür die deutsche Kultur in den verlorenen östlichen Provinzen besser zu schützen. Je stärker die Forderung nach der Wiedererlangung dieses Gebietes ertönt, um so brutaler versucht man in Polen, alle nationalen Gründe für eine Aenderung der Grenzen auszurotten. In der gleichen Richtung wirkt es, wenn der polnische wirtschaftliche Nationalismus eine ökonomische Zusammenarbeit mit Deutschland nicht recht zustande kommen lassen will; um so stärker entwickelt sich in Deutschland der Druck der gewerblichen Produktion, verlorengegangene Absatzgebiete durch Grenzrevisionen wieder gutzumachen. Ebenso treibt in Deutschland die nationalagrарische Angst vor der Konkurrenz des polnischen Schweins die Polen dazu, die Grenze gegen deutsche Industriewaren abzusperren. So wird die Wichtigkeit der heutigen deutsch-polnischen Grenzziehung von den Nationalisten auf beiden Seiten unterstrichen und übertrieben. Die erste Voraussetzung für eine friedliche Verständigung über Grenzfragen ist, daß eine Atmosphäre des Vertrauens vorhanden ist, daß man auf beiden Seiten ihre Wichtigkeit nicht übersteigert, sondern vielmehr die Grenzfragen als Teilprobleme des nationalen Lebens und des internationalen Zusammenlebens sieht.

Es ist Herr Poincaré gewesen, dem das Verdienst zukommt, die in Gang gekommene Revisionsdebatte auf einen Punkt hingelenkt zu haben, der keineswegs verdient, hinter das Ostproblem zurückgestellt zu werden, nämlich die Anschlussfrage. Nur das preußische Junkertum kann so engstirnig sein, das wichtige Problem des deutschen Südostrons zu vergessen. Es ist in den vergangenen Jahren schon mehrfach darauf hingewiesen worden, daß das junkerliche Preußentum alten Stils anschlussfeindlich ist. Würde doch der Zusammenschluß der deutschen und der österreichischen Republik zu einer staatlichen Gemeinschaft jeder monarchischen Restauration den Todesstoß geben. Mit Habsburgern und Mittelsachern würden die Habsburger endgültig aus Europa verschwinden, wenn es den beiden deutschen demokratischen Republiken gelänge, den Traum des Jahres 1848 zu verwirklichen.

Die Verfasser der Pariser Vorortverträge haben geglaubt, mit ihnen der nationalen Bewegung im östlichen Europa zu dienen. Die Idee der Selbstbestimmung der Nation, verlorbert in Wilson, ist nicht stark genug gewesen, eine nationale und demokratische Einigung Großdeutschlands zu gewährleisten; sie ohne Rücksicht auf die Sieger Ende 1918 zu vollziehen, war das in dem Bismarckschen Kleindeutschland aufgemachte deutsche Volk damals innerlich nicht vorbereitet. So ist die nationale Einigung Deutschlands eine Aufgabe der Zukunft und der europäischen Völkergemeinschaft geblieben. Einzelne Polen haben immer Verständnis für die nationale Vollendung der deutschen Republik gehabt. Einmal deswegen, weil ein Volk, das soeben seine nationalen Aspirationen erfüllt sah, ein natürliches Verständnis für die nationalen Aspirationen eines anderen Volkes haben muß, und zum anderen, weil sich durch eine Hinwendung Deutschlands zum Südostron der Druck auf die polnische Grenze vermindern würde. Würde die polnische Nation ihre wahren Interessen erkennen, so würde sie die nationale Einigung Deutschlands unterstützen. Das müßte in Frankreich hinwiederum dazu beitragen, daß man von der nationalen Einigung Deutschlands nicht mehr den Krieg befürchtet, sondern in ihr die endgültige Stabilisierung des osteuropäischen Friedens erkennt.

In vier Wochen wird zum Deutschen Reichstag gewählt. Bei dieser Wahl wird nicht nur eine große Schlacht zwischen Kapital und Arbeit geschlagen, es wird zugleich auch über den künftigen Kurs der deutschen Außenpolitik eine große Entscheidung gefällt. Eine neue Springflut des Nationalismus droht mit neuen Zerstörungen. Ihr einen unerschütterlichen Damm entgegenzusetzen — durch Stärkung der Sozialdemokratie — ist die Aufgabe der Arbeiter und aller friedlich gesinnten Schichten des deutschen Volkes.

Thüringen rebelliert gegen das Reich.

Es verweigert die Rückzahlung der Polizeizuschüsse.

Weimar, 15. August.

Das Staatsministerium hat sich heute mit der Frage der Polizeikostenzuschüsse durch das Reich befaßt. Nachdem der Staatsgerichtshof den Antrag Thüringens auf Erlass einer einstweiligen Verfügung an das Reich zur Weiterzahlung der gesperrten Polizeizuschüsse abgelehnt hatte, hat das Reich bekanntlich die Rückzahlung der bereits gewährten Zuschüsse verlangt. In der heutigen Kabinettsitzung wurde beschlossen, dieser Aufforderung vorläufig nicht Folge zu leisten, ehe nicht der Staatsgerichtshof die Frage entschieden hat, ob die Sperrung der Zuschüsse durch das Reichsinnenministerium gegen die Grundzüge der Gewährung von Polizeizuschüssen des Reiches an die Länder verstoßen.

In Kentucky hat die Maisernte nur 10 Proz., die Tabakernte 20 Proz. und die Heuernte nur 5 Proz. der normalen Höhe erreicht.

Kompromiß um den Finnlandvertrag

Die Reichsregierung will verhandeln.

Die gestrige Kabinettsitzung, die sich wegen der ergebnislosen Besprechungen am Donnerstag nochmals mit der Kündigung des deutsch-finnischen Handelsvertrages befaßte, war um 1/8 Uhr abends beendet.

Das Ergebnis ist, daß der deutsch-finnische Handelsvertrag nicht gekündigt wird. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, hat die Reichsregierung beschlossen, neue Verhandlungen mit der finnischen Regierung aufzunehmen und hat zu diesem Zweck Ministerialdirektor Ritter vom Auswärtigen Amt nach Helsingfors geschickt.

Die Verhandlungen, die Ministerialdirektor Ritter in Helsingfors führen wird, zielen darauf ab, gewisse Aenderungen in dem

deutsch-finnischen Zusatzabkommen vom November 1929 durchzuführen. In diesem Abkommen ist festgelegt, daß Deutschland einen Butterzoll von 50 Mark nur bis Ende 1930 erheben darf. In den beiden folgenden Jahren sinkt der Vertragszoll auf 40 und 30 Mark. Hier soll eine Verlängerung der Geltungsdauer des 50-Mark-Zolles über das Ende dieses Jahres hinaus erreicht werden. Andererseits sind in dem Zusatzabkommen die Bindungen auf sieben Jahre für Butter- und fünf Jahre für Käseinjehr festgelegt. Die deutsche Regierung will nun in den neuen Verhandlungen eine Abkürzung der Bindungsfristen erreichen. Durch diesen Kompromiß hofft Herr Brüning, den Annull der enttäuschten agrarischen Interessentenhausen zu befähigen.

Scharfmacherangriff an der Ruhr.

Lohnordnung für den Ruhrbergbau gekündigt.

Bochum, 15. August. (Eigenbericht.)

Der Zechenverband hat beschlossen, die Lohnordnung für den Ruhrbergbau zum 30. September zu kündigen. Der Zechenverband will, wie er mitteilt, mit den Gewerkschaften in eine Erörterung über eine Produktionskostensenkung eintreten. Er hat die Absicht, den Gewerkschaften eine Lohnsenkung aufzuzwingen.

Während die Regierung von Preisenkungen redet, ohne zu Taten zu schreiten, wollen die Unternehmer den Arbeitern eine Lohnsenkung diktieren, ohne daß sie selbst an eine Preisenkung denken.

Wirtschaftsgewitter an der Ruhr

Von Dr. Berger-Bochum.

Die rheinisch-westfälischen Zechenbesitzer greifen den Lohnstand in Ruhrrevier an. Mit dieser Entlastungs-offensive wollen sich die Unternehmer für den augenblicklichen Absatzrückgang auf Kosten der Bergarbeiter schadlos halten und darüber hinaus, wie sie sagen, Mittel frei bekommen, um „insbesondere im bestrittenen Gebiet“ einen weiteren Preisdruck gegenüber den anderen Exportländern ausüben zu können. Dieser von dem Düsseldorf-Korrespondenten des „Berliner Tageblatt“ ausgeplauderte Plan läßt zweierlei deutlich werden:

einmal, daß es den Unternehmern mit einem Preisabbau für Inlandskohle gar nicht Ernst ist, und zum anderen, daß eventuelle Abjählbelegungen auf den bestrittenen Märkten durch weitere soziale Verschlechterungen erkaufte werden sollen.

Die erste Tatsache hat ja schon die letzte Reichskohlenrats-sitzung erkennen lassen. Als da von dem Konsumvereinsvertreter die Kohlenpreisfrage angeschnitten wurde, erwiderte Dr. Silberberg, daß aus der Befragung der Syndikatsumfrage hervorgehe, daß alle markttechnischen Gesichtspunkte bereits berücksichtigt wurden. In der ausgedehnten Aussprache, die dieser lapidaren Antwort folgte, sind die Unternehmer bei ihrer Ablehnung des Preisabbaus geblieben, haben aber auch — und das ist wichtig festzuhalten — mit keinem Sterbenswörtchen von einer Verkoppelung der Lohn- und Preisfrage, wie sie jetzt in den vom Eisener Bergbau-Berein inspirierten Korrespondenten- und anderen Meldungen wieder auftaucht, geredet. Erfahrungsgemäß haben in einer richtigen Unternehmerbrust mehrere Seelen Platz; vielleicht hat ihnen die wirtschaftliche geraten erscheinen lassen, das gedrückte Kohlengeschäft nicht durch lohnpolitische Auseinandersetzungen vollends zu gefährden, während die sozialreaktionäre, die namentlich in Essen sehr lebendig ist, noch das Spiel mit den Lohnverschlechterungen wagen will. Die Öffentlichkeit muß wissen:

die Tarifkündigung im rheinisch-westfälischen Kohlengebiet hat nichts mit dem ohnehin schon sagenhaften Preisabbau zur Wirtschaftsbelebung zu tun.

Was es mit Silberbergs vorgezeichneten markttechnischen Gesichtspunkten auf sich hat, zeigt die tatsächliche Entwicklung der Syndikatsumfrage. Sie stellt bekanntlich den Abschlag von den offiziellen Syndikatspreisen dar, nach denen das Kohlenyndikat mit den Zechen abrechnet. Ihre Höhe läßt erkennen, um wieviel die Syndikatspreise hinter den vom Reichskohlenrat zusammen mit dem Kohlenverband beschlossenen sogenannten Reichsanzeigerpreisen durchschnittlich zurückfallen und geben einen Anhalt dafür, welche Kosten der forcierte Wettbewerb auf den deutschen und ausländischen Kohlenmärkten hervorruft. Für den Absatz im unbestrittenen Gebiet hat die Umlage keine Bedeutung, hier gilt der amtliche Höchstpreis und das ist zunächst für augenblicklich rund 38 Proz. des Syndikatsabzuges der Fall; aber auch die Kohlenlieferungen im Werkselbstverbrauch an die den Zechen angegliederten Verbraucherwerte sind in der Kalkulation, wie auch im Schmalenbach-Gutachten geschehen, dem unbestrittenen Absatz zuzurechnen. Nur für etwa ein Drittel des Syndikatsabzuges kommen die von Silberberg erwähnten markttechnischen Gesichtspunkte in der Umlage zum Ausdruck.

Vor der letzten Ruhrkohlenpreiserhöhung ab 1. Mai 1928 betrug diese Tonnemulage 1,48 M.; sie schenkte danach auf 2,20 M. herauf und hat sich mit einigen Schwankungen ungefähr auf dieser Höhe gehalten, zum Leidwesen der Hüttenzechen, die für ihren Selbstverbrauch ebenfalls zur Umlage herangezogen wurden. Ihre Rebellion hat im neuen Syndikatsvertrag Erfolg gehabt. Sie brauchen jetzt nur 70 Proz. der Syndikatsumfrage, und zwar höchstens 1,50 M. je Tonne, aufbringen. Um so höher ist daher die Umlage auf die Verkaufsbeteiligung geworden. Das hat aber mit Markttechnik nichts zu schaffen, sondern ist das Resultat der veränderten Syndikatsrechnung. Die Gesamtumlage ist jetzt sogar noch niedriger als vor einem

Jahr. Sie betrug im April und Mai 1929 2,20 bzw. 2,20 M., in den gleichen Monaten dieses Jahres aber bloß 2,15 M. Das besagt, daß die bisherigen Durchschnittserlöse, die zwischen etwa 16 M. und 16,50 M. je Tonne liegen, bis weit in das laufende Krisenjahr hinein annähernd gehalten werden konnten, wozu auch die infolge der neuen Umlageordnung gebotene größere kaufmännische Vorsicht bei Exportgeschäften mitgewirkt haben man. Kann man im Ernst behaupten, daß diese Erlöse unzureichend sind?

Legen nicht selbst die überdiskreten Vergaubilanzien des letzten Geschäftsjahres ein so eindeutiges Gewinnbekenntnis ab, daß die Vermutung, daß die Vergauegesellschaften gut verdient und reichlich Speck angelegt haben, schon dadurch hinlänglich gestützt wird?

Von diesem Referensspeck könnten die Unternehmungen in diesen Krisenzeiten zehren und ihn so für die Krisenbehebung nutzbar machen — das ist ja auch der betriebswirtschaftliche Sinn der stillen und offenen Reservenbildung. Aber darin erschöpfen sich nicht die vorhandenen markttechnischen Möglichkeiten. Schmalenbach hat die Zeitwertabrechnung zum Maß genommen. Diese Zeitwerte sind heute zweifellos niedriger als im November 1927 und gestalten somit eine die Selbstkosten entlastende bescheidene Abschreibungsquote. Weitere Selbstkostenentlastungen sind auf der Lohnseite zu verzeichnen, wo der Lohnanteil von 7,18 M. nach dem Schmalenbachschen Kalkül auf 6,75 M. im Mai 1930 gefallen ist, was immerhin 43 Pfennige Entlastung je Tonne ausmacht. Die Materialpreise sind ebenfalls gesunken und haben damit Kostensenkungen bewirkt. Ferner sind die Knappheitsbeiträge der Unternehmer im Mai 1929 im gleichen Umlage wie die der Bergarbeiter gesenkt worden, wodurch auch dieser Kostenteil geringer geworden ist. Dieses günstige Kostenbild ist doch ein nicht zu übersehender Tatbestand bei der Erörterung der Kohlenpreisfrage. Nebenher, um der Preisenkungsaktion einen Wind zu geben, sei nur darauf verwiesen,

daß die Handelspanne im Kohlengeschäft sehr hoch ist, und daß beispielsweise die Kohlenhändler in der Kohlenstadt Bochum das Doppelte von dem nehmen, was die Zechen für ihre Kohle erhält.

Die Kohlenpreisfrage hat in der Tat ein ernstes Gesicht. Mit dem unzulänglichen Mechanismus der Kohlenwirtschaftsorgane ist sie leider nicht zu meistern, wie das geschilderte Beispiel dartut. Außerdem gerieten isolierte Aktionen in das Nichts und zu etwas Zusammenfassenden fehlt der Regierung Brüning Kraft und Wille!

Minderheitsklagen im Dunkeln!

Dürftige Minderheitenstatistik — der einzige Fortschritt gegen früher.

Genf, 15. August.

Der erste Jahresbericht über die beim Völkerverbundsekretariat eingegangenen Minderheitsbeschwerden wird durch eine einfache Veröffentlichung im Amtsblatt des Völkerverbundes bekanntgegeben. Der Bericht, der sich auf die Zeit vom 13. Juni 1929 bis zum 31. Mai 1930 erstreckt, ist nur 15 Druckzeilen lang und enthält lediglich trockene Zahlenangaben. Er führt auf:

1. Anzahl der im Laufe des Jahres beim Völkerverbundsekretariat eingegangenen Minderheitsbeschwerden: 57.
2. Anzahl der nicht annehmbaren Petitionen, weil sie in Ton und Sprache verlegend abgefaßt waren: 26.
3. Anzahl der als annehmbar erklärten Petitionen: 31.
4. Anzahl der Minderheitenausschüsse und Anzahl ihrer Sitzungen: Ausschüsse 14, Sitzungen 19.
5. Anzahl der Petitionen, deren Prüfung im Laufe des Jahres beschloffen wurde: 29.

Der Bericht enthält keine Angaben über Inhalt und Gegenstand der Klagen und vermerkt auch nicht, daß nicht eine einzige der 57 eingegangenen Petitionen bis vor den Völkerverbundrat gelangte.

Die Gärung in Indien.

Standrecht in Peshawar.

Bombay, 15. August.

Die Stadt Peshawar wurde heute nachmittags unter Standrecht gestellt. In Naukhara, Kohat und Kawalpiadi werden starke britische und indische Truppenmassen zusammengezogen. Die Stimmung der Bevölkerung ist außerordentlich erregt.

Gandhi schreibt an den Vizekönig.

Poona, 15. August.

Gandhi und andere Führer der allindischen Bewegung haben im Gejängnis ein Schreiben verfaßt, in dem sie sich über ihre Haltung und ihre Absichten auslassen. Das Schreiben wird dem Vizekönig zugeleitet werden.

Parolenschuster und Luftakrobaten.

Kommunisten über Kommunisten.

Die Rechtskommunisten haben zwar ihre Wahlparole für die offizielle KPD-Liste ausgegeben; sie sind aber deswegen nicht gewillt, den Offiziellen etwas zu schenken. So schreibt jetzt ihre Tageszeitung, die „Arbeiterpolitik“:

Die Führung der KPD. hat in keiner Weise verstanden, im morgigen Reichstag ihre parlamentarische Arbeit mit dem außerparlamentarischen Kampf in Einklang zu bringen. Sie konnte dies nicht, weil sie keinerlei außerparlamentarische Bewegung zustande brachte. Während die Regierung Brüning in wochenlangen Verhandlungen unverhüllt die Diktatur mit Artikel 48 ankündigte, beschränkte sich die Partei auf parlamentarische Deflamationen und trieb gleichzeitig parlamentarischen

Ruhhandel in der Amnestiefrage.

Die Verabschiedung der Amnestie und der Amnestiebetrug sind ein klassisches Beispiel für den parlamentarischen Kretinismus der Führung der KPD. Der Kampf um die Amnestie wurde nicht in den breiten proletarischen Massen geführt, sondern beschränkte sich auf die Verhandlungen zwischen den parlamentarischen Parteien im Bierrestaurant des Reichstags.

Je mehr der Einfluß der Partei in den Massenorganisationen und Gewerkschaften abnimmt, desto lauter läßt das hohle Phatos und die leere Prahlerei der Parteiführer im Wahlkampf.

Damit hat die „Arbeiterpolitik“ die Lieberleitung zu den rednerischen Leistungen Heinz Reumanns gefunden, über die sie folgendermaßen urteilt:

Zur Prahlerei gefellte sich in dieser Rede die Raziophrasologie, die mit Klassenkampf und Marxismus so wenig zu tun hat, wie etwa politische Ueberzeugung mit dem Abenteuerer Heinz Reumann. Diese Führung versucht den schwierigen mühsamen Kampf um die Eroberung der politischen Macht zu ersetzen mit Versprechungen über das, was die KPD. tun wird, wenn sie die Macht erobert hat. Mit solchen Tiraden lassen sich wohl Versammlungsreden ausfüllen, mit dem Kampf um die Macht hat das aber nichts mehr zu tun.

Die Parolenschuster und Luftakrobaten der KPD-Führung im Wahlkampf zeigt aber auch, daß über die Rosenblüte der „Wendung“ längst wieder der Raubfresser des ultralinken Profites gefallen ist.

Trotz alledem sind die Rechtskommunisten für die offizielle KPD-Liste. Arbeiter geht hin, wählt Parolenschuster und Luftakrobaten!

Goebbels-Theater.

Er hat vor Gericht weniger Mut als am Schreibtisch.

Am Freitag sollten vor der Strafkammer des Landgerichts III abermals zwei Goebbelsprozesse zur Verhandlung kommen. Der Urteil der ersten Verhandlung sollte im Zusammenhang mit der zweiten gefällt werden; für diesen Fall lehnte jedoch der Verteidiger den Vorsitzenden wegen Befangenheit ab. Es wurde vertagt.

Am 14. Dezember 1929 veröffentlichte Goebbels im „Angriff“ einen Artikel, der sich mit dem Young-Plan beschäftigte. Herr Goebbels schrieb:

„Sie (die Regierungsmitglieder) sind alle aus demselben Holz geschnitten: Verräter am Vaterland, bezahlte Büttel der Young-Macht, Ueberläufer nach Frankreich. Das Ergebnis ihrer Verräterpolitik ist das Chaos. Sie werden es doch nicht wagen zu wenden können; das deutsche Volk würde sich selbst einen Verräterdienst erweisen, wenn es sie mit einem Fußtritt aus den Regierungssesseln jagen würde.“

Die Reichsregierung hat in Beantwortung dieser müßigen Schimpfpanonade Strafantrag gestellt, aber, so erklärt Herr Goebbels nunmehr vor Gericht, daß die ganze Reichsregierung, also auch Herr Rosenhauer, gar nicht gemeint gewesen wäre, sondern nur deren sozialdemokratischer Bestandteil: der Reichsanwalt Müller und die Minister Hüfner, Seering und Wisell. Die bürgerlichen Mitglieder der Regierung seien gewissermaßen Steigbügelhalter der Sozialdemokraten gewesen. Herr Dr. Goebbels ist eben vorsichtig.

Herrn Dr. Goebbels ist es vor allem um den Landesverrat zu tun. Er dreht darauf, den Nachweis zu erbringen, was für ausgemachte Schurke die Sozialdemokraten sind. Er hat sich sogar Zeugen dafür bestellt, zehn an der Zahl, und Herr Goebbels und sein Verteidiger sind entrüstet, weil das Gericht weder Lust noch Beranlassung hat, über Dinge, die nicht unmittelbar zur Sache gehören, monatelang zu verhandeln. Rechtsanwalt Golz legte darauf sein Mandat nieder mit der Begründung, daß er sich in seiner Verteidigung beschränkt fühle, da Landesverrat in Deutschland wohl straflos blieben, Nejmigen aber, die sie Landesverrat nennen, bestraft werden! — Das Gericht schritt gegen diesen Satz nicht ein!

Der Staatsanwalt beantragte 6 Monate Gefängnis.

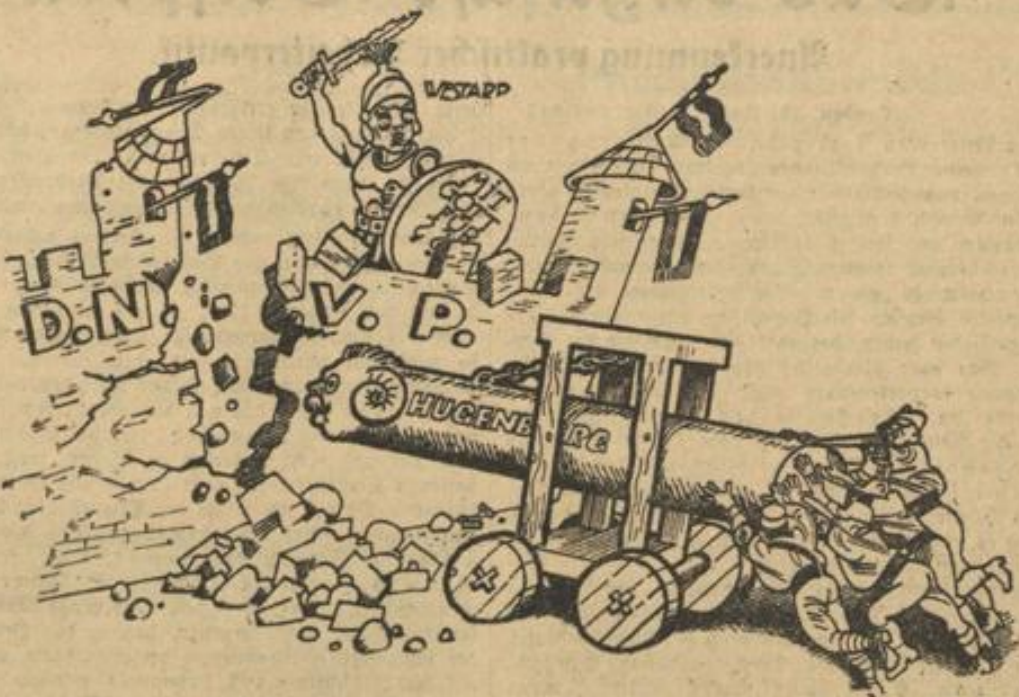
Als dann der Vorsitzende zur Verhandlung der zweiten Anklage gegen Goebbels schreiten wollte — wegen Beleidigung des Ministers a. D. Orzeszinski —, um das Urteil in der ersten Sache gemeinsam mit dem zweiten Urteil zu fällen, gab Rechtsanwalt Golz, der unterdessen den Gerichtssaal wieder betreten hatte, die Erklärung ab, daß er das Gericht für befangen halte. Dr. Goebbels, sagte Herr von der Golz, habe aus dem ersten Prozeß erkannt, daß die Einstellung des Gerichts sich in so hohem Maße grundfänglich von seiner Einstellung durch die Bloßlegung von Mißständen im deutschen Vaterlande und durch Erörterungen im Beleidigungsprozeß eine Wendung im Schicksal Deutschlands herbeizuführen, unterscheide, daß er eine Voreingenommenheit des Gerichts befürchten müsse.

Das Gericht erklärte seinerseits nach kurzer Beratung diese Ablehnung des gesamten Gerichts für gesetzlich unzulässig. Rechtsanwalt Golz lehnte darauf bloß die beiden Berufsrichter ab. Auch daß sei unzulässig, erwiderte der Vorsitzende. „Zu meinem großen Bedauern muß ich dann den Vorsitzenden abzeichnen, das habe ich vermeiden wollen“, erklärte nun Rechtsanwalt Golz. Jetzt blieb dem Gericht nichts anderes übrig, als die Beschlußkammer anzurufen, damit diese über den Ablehnungsantrag entscheide. Die Beschlußkammer wollte sich aber in ihrer Beratung nicht stören lassen. Die Verhandlung wurde auf heute 11½ Uhr vertagt. Dann kann das Theater weitergehen.

Kampf gegen Afridis. Zu einem größeren Kampf zwischen englischen Truppen und einer Abteilung Afridis kam es südlich von Peshawar. Die Afridis ergriffen schließlic die Flucht, nachdem sie 36 Tote und zahlreiche Verwundete verloren hatten. Die Verluste der Engländer werden nicht mitgeteilt.

Zwölf Anamiten zum Tode verurteilt. Das französische Kriegsgericht in Hanoi in Indochina hat gegen die Anamiten, die des Aufstandes beschuldigt werden, das Urteil gefällt. Von den Angeklagten wurden 12 zum Tode, 11 zu lebenslänglicher Zwangsarbeit und 17 zu Gefängnisstrafen oder Zwangsarbeit bis zu 20 Jahren verurteilt. 114 Anamiten werden ausgewiesen.

Der sture Bock.



„Man hat mich einen sturen Bock genannt“ sprach Hugenberg. Der Zustand seiner Partei bestätigt es.

Aus dem Bürgerlager.

Feine Bundesgenossen.

Kommunisten und Christen Arm in Arm.

„Der Deutsche“, das Organ der Christlichen Gewerkschaften, führt den Wahlkampf gegen die Sozialdemokratie mit besonderer Geschäftigkeit. Die Gemeinheit seiner Angriffe findet ihre Erklärung im schlechten Gewissen der Führer der Christlichen Gewerkschaften. Kein Tag ohne faustdicke Wahlplüge gegen die Sozialdemokratie — das ist der Grundsatz, nach dem das Blatt im Wahlkampf arbeitet. Im Material ist der „Deutsche“ dabei nicht verlegen. Er oht den „Börslichen Beobachter“ des Herrn Hitler nach und bezieht sein Wahlmaterial aus der kommunistischen Presse. Arm in Arm ziehen „Rote Fahne“, „Der Deutsche“ und „Börslicher Beobachter“ in den Wahlkampf gegen die Sozialdemokratie. Wenn die „Rote Fahne“ heute einen faustdicken Schwinkel gegen die Sozialdemokratie verbreitet, kann man gewiß sein, ihn am nächsten Tage im „Deutschen“ aufgemäht zu finden. Wir gönnen diesen Leuten ihre Bundesgenossen, dem „Deutschen“ die „Rote Fahne“, und der „Rote Fahne“ den „Deutschen“. Zeigt doch diese neue brüderliche Liebe der Arbeiterschaft, daß hier ein gemeinsamer Haß und eine Gesinnung von gleicher Dignität am Werke ist gegen die Sozialdemokratie, weil die Sozialdemokratie unverrückbar an der Verteidigung der Arbeiterinteressen festhält. Laßt sie gemeinsam weiterkämpfen — jede Lüge erhält ihre Strafe, und diese Leute sind schon miteinander gestraft!

Das Gesicht des Volkes.

In der Konservativen „Volkspartei“ zu sehen.

Die um Trepiranus und Bestarp nennen sich: Konservative Volkspartei. Konservativ sind sie, und das gründlich, ob sie eine Partei sind, ist schon weniger sicher — aber daß sie mit dem Volk nichts zu tun haben, das ist ganz gewiß. Bisher haben sie die folgenden Kandidaten aufgestellt: Graf Bestarp, Graf zu Dohna, Graf zu Rauhau, von Lindeiner-Bildau, von Kamele, von Eichhorn, von Leitom-Borbeck, von Hammerstein, von Orpander, von Clerke, Trepiranus, Lambach, Ullmann, Lude, Rothe, Reichert, Fischer, Grewe, Dähnhardt. Der Adel ist in der Majorität. Nun wird es klar, was der Name Volkspartei bedeuten soll: sie meinen das Volk der Grafen und Barone.

Kassenkampf bei Hugenberg.

Das Gericht soll helfen.

Kassenkampf, nicht Klassenkampf! Denn Klassenkampf ist Marxismus, und Marxismus ist bekanntlich der Todfeind. Der Kassenkampf aber kam so: der Vorstand der deutschnationalen Ortsgruppe Dresden trat zu den Bestarp-Leuten über. Das war am Nachmittage. Am

Abend besahen Hugenberg-Leute die deutschnationalen Geschäftsstelle. Am nächsten Vormittag erschien ein Stoßtrupp von Bestarpiten, um das Büro zurückzuerobern. Die Hugenbergler aber alarmierten das Ueberfallkommando, und dies führte die Bestarpiten ab. Der alte Vorstand aber hob inzwischen das Bankkonto der Dresdener deutschnationalen Ortsgruppe ab, und nun klagen die Hugenbergler gegen die Bestarpiten um das Geld. Der Klassenkampf ist in vollem Gange.

Stahlhelm für Hakenkreuz.

Er macht ganze Arbeit.

Braunschweig, 15. August. (Eigenbericht.)

Die reaktionären Parteien Braunschweigs bemühen sich, zu den Landtagswahlen, die mit der Reichstagswahl zusammenfallen, eine Einheitsliste aller bürgerlichen Gruppen von den Deutschnationalen Hugenberg bis zu den Demokraten zu bringen. Dabei ist ohne weiteres über den Kopf der kleinen Linksparteien hinweg verfügt worden. Infolgedessen macht sich gegen diese Einheitsliste ein wachsender Widerstand der Volksparteien, des Landbundes, der Demokraten und der Braunschweiger Weihen bemerkbar, die ihre Vertreter beauftragt haben, stärkere Berücksichtigung auf der Kandidatenliste zu fordern, anderenfalls aber die Beteiligung an der Einheitsliste abzulehnen.

Gestopenen Pfeffer ins Gesicht.

Ganocentris als Kampfmittel der Nazis.

Am Donnerstagabend wurde Otto Sträßer, der Führer der revolutionären Nationalsozialisten in Brandenburg a. d. H., von einer Rote von zehn bis zwölf Hitler-Leuten plötzlich überfallen, die ihm und einem Begleiter das Gesicht mit gestopenen weissen Pfeffer überschütteten und sodann mit Messern, Stöcken und Faustschlägen zum Angriff vorgingen.

Sträßer erhielt Verletzungen am Kopf und am Unterarm, sowie einen Bluterzuss in der rechten Hand, während sein Begleiter mit einigen Prellungen davonkam. Es müssen ausgebildete schwere Jungen gewesen sein, die gegen die feindlichen Brüder mit Pfeffer gearbeitet haben — ganz wie gelehrte Straßenzücker!

Von den Bürgerparteien.

Das Wahlabkommen zwischen Staatspartei und Volkspartei in Baden und Württemberg ist endgültig abgeschlossen worden.

Die Deutsche Volkspartei hat in Düsseldorf-Ost als Spitzenkandidaten Staatssekretär Schmid (Schweineschmid) aufgestellt. Oberpräsident a. D. von Batocki ist aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgetreten.

Die Republik steht fest!

Genosse Orzeszinski bei den preussischen Polizeibeamten.

Bei der gestrigen Verfassungsfeier der Republikanischen Vereinigung der Preussischen Polizeiverwaltung sprach im Saalbau Friedrichshain Staatsminister a. D. Genosse Albert Orzeszinski.

Er führte aus: „Die Republik stellte dem Wort vom „Stahlbock des Krieges“ das „Nie wieder Krieg“ gegenüber. Hierin lassen wir uns durch unüberlegte Reden amtierender Minister nicht beirren. Rot ist die Erziehung der Jugend zum demokratischen Staatsbewußtsein. Das ist nur möglich, wenn die Verfassung richtig angewandt und mit sozialem Geist ausgefüllt wird. Wir dürfen die soziale Republik nicht zu einer Besitzrepublik umfälschen lassen. Es widerspricht nicht dem Geiste der Demokratie, wenn gegen Staatsfeinde vorgegangen wird. Die Betordnung über die Hieb- und Stichwaffen ist die einzige Notverordnung des Kabinetts Brüning, die mit der Verfassung in Einklang steht. Recht und Freiheit für alle Staatsbürger ist der Sinn der Demokratie. Weil sich die Mehrheit des Volkes hierzu bekennt, steht der Staat und steht die Republik.“

Darbietungen des Schutzpolizeichefisters unter Leitung von Polizeiobermeister Hahn umrahmten die Feier.

Das Hakenkreuzlicht von Sonneberg.

Ein Schüler Frids.

Weimar, 15. August. (Eigenbericht.)

Der in Preußen donongesejagte Regierungsrat Dr. Fabricius sollte bekanntlich auf Betreiben der Nazis in Sonneberg Bürgermeister werden. Als das nicht glückte, hat man ihn dort als juristischen Hilfsarbeiter angestellt. Jetzt fällt die bürgerlichen Parteien Sonnebergs in der Öffentlichkeit ein vernichtendes Urteil über Fabricius. Man wirft ihm vor, er habe das Vertrauen der Bürgerlichen in unverantwortlicher Weise mißbraucht, sie in der Öffentlichkeit herabgejeht und das ihm bewiesene Wohlwollen mit Undank geizigt. Fabricius zeige einen völligen Mangel an kommunaler Verwaltungspraxis und habe gesetzliche Bestimmungen gräßlich mißachtet. Seine juristische Qualifikation lasse recht große Zweifel aufkommen, um die Stadt Sonneberg und ihre große Not kümmern er sich gar nicht. Er verbreite in der Öffentlichkeit hanebüchene Unrichtigkeiten, um auf diesem nicht jedem geläufigen Wege seine parteipolitische Agitation zugünstig zu machen. Er folge blindwütend nur seinem brutalen inneren Drange, jetzt vor der Reichstagswahl sich möglichst interessant zu machen und womöglich gar als Seering-Hilfsding-Mitglied zu kandidieren.

Metropoltheater.

„Victoria und ihr Husar.“

Großer Abend im Metropoltheater. Eine Operette nach Vorliege von Emmerich Földes, Musik von Paul Abraham. Am Schluß des zweiten Aktes herrscht die übliche Tragik vor. Trotzdem ist das Publikum begeistert. Es bereitet dem Verfasser und dem Komponisten Danksagen.

Das englische Beispiel.

Anerkennung praktischer Arbeiterpolitik.

London, 15. August. (Eigenbericht.)

Nach einer arbeitsreichen Tagung hat der Kongress der Bergarbeiter seine Verhandlungen beendet. Noch einmal haben die Vertreter von 332.000 organisierten Bergleuten ihren Willen und ihren Wunsch kundgetan, am Siebenstundentag festzuhalten und ihn zu erringen. Gleichzeitig wurden die Grubenbesitzer deutlich gewarnt, mit dem Gedanken einer Lohnreduzierung zu spielen. Die soziale Lage der Bergarbeiter zu heben, die ohnehin seit Jahren am meisten unter der englischen Krise zu leiden haben, das war das Leitmotiv der Kongressberatungen. Was aber gleichzeitig aus den Reden und Beschlüssen der Tagung hervorleuchtete, war das Bekenntnis und die Treue der Bergarbeiter zur Arbeiterregierung. Der Kongress mußte, daß diese Labour-Regierung nur eine Minderheit im Parlament besitzt, und daß sie nur durch Kompromisse leben kann. Ebenso hatte man die Einsicht, daß diese Arbeiterregierung nur schrittweise vorankommen kann und es nicht in ihrer Macht stehe, gegen die bürgerliche Mehrheit das Blaue vom Himmel zu holen.

Eine Minderheitenpolitik, die indirekt ein Vertrauensvotum gegen die Arbeiterregierung und gegen die jetzige Exekutive der Bergarbeitergewerkschaft bedeutet, wurde u. a. vom früheren Präsidenten der Organisation, Smith, bestritten und von Cool bekämpft. Mit Zweidrittelmehrheit lehnte der Kongress nach zweitägiger Debatte die Resolution ab.

Am deutlichsten kamen diese Erkenntnisse und dieses Wissen am letzten Verhandlungstag bei der Vorstandswahl zum Ausdruck. Da wurde einmal die kommunistische Zellenbildung innerhalb gewisser Distrikte scharf verurteilt und der Vorstand beauftragt, der nutzlosen und verbandsschädigenden kommunistischen Kritik und den Spaltungsbestrebungen mit fester Hand ein Ende zu bereiten. Als ein kommunistischer Delegierter hiergegen sprechen wollte, erhob sich Herbert Smith, um im Namen

seines Bezirkes zu erklären, dieser kommunistische Delegierte habe keinen Auftrag von seinen Distriktskollegen, das Wort zu ergreifen. Auch die Vertreter Schottlands machten es deutlich, daß bei ihnen die gewaltige Mehrheit des Verbandes mit den kommunistischen Spielereien nichts zu tun haben wolle.

Aber niemand anders als Herbert Smith, der ehemals verdienstvolle Präsident des Bergarbeiterverbandes, mußte am eigenen Leibe erfahren, wie wenig die englischen Bergarbeiter diesen Utopien geneigt sind, und wie klar sie trotz aller Not die praktische, wenn auch mühselige und langwierige Tagesarbeit anerkennen, möge sie selbst nur schrittweise zum Ziele führen. Smith hat im vergangenen November die Präsidentschaft des Verbandes niedergelegt, als Protest gegen das von der Arbeiterregierung dem Parlament vorgelegte Bergbaugesetz. Smith glaubte dieses Gesetz vor dem Verband nicht vertreten zu können, weil ihm die darin enthaltenen Verbesserungen nicht groß genug für die Bergarbeiter schienen. Darauf übernahm der Vizepräsident Richards die Verbandsleitung. Bei der diesmaligen Neuwahl des Präsidiums standen sich Smith und Richards als Kandidaten gegenüber. Richards erhielt 432.000 Stimmen, Herbert Smith unterlag mit 100.000 Stimmen. Die große Mehrheit des Kongresses konnte es ihm nicht verzeihen, daß er das Verbandschiff in einer der schwierigsten Situationen verlassen hatte, wo es mehr denn je auf die Zielklarheit und Erkenntnis des zur Führung Berufenen ankam. Auch als Kandidat für den Generalsekretär der englischen Gewerkschaften unterlag Smith zweimal gegen Richards und Cool. Zum Vizepräsidenten des Verbandes wurde Edwards-Rothcumberland gewählt und E. Swan wird den Verband in der Exekutive der Labour Party vertreten.

Zum Schluß des Kongresses sprachen Smith und Richards begeisterte Worte für die Einheit und Größe des Verbandes und der Arbeiterbewegung. Mit Recht konnte der Generalsekretär Cool am Ende der Verhandlungen sagen, daß diese beiden Reden der große Abschluß einer großen Tagung gewesen seien.

Gerichtsurteil im Angestelltenkonflikt.

Gehaltskürzung bei Kurzarbeit ist tarifwidrig.

Die Brennaborwerke in Brandenburg hatten bei Einführung von Kurzarbeit die Gehälter der Angestellten gekürzt. Daraufhin ist Feststellungsklage beim Arbeitsgericht in Brandenburg erhoben worden, das eine Entscheidung fällt, die auch für den Konflikt in der Berliner Metallindustrie von Interesse ist.

In dem Urteil heißt es, daß die Brennaborwerke verpflichtet sind, die bisherigen Gehälter unverkürzt weiter zu zahlen, weil die Kurzarbeit für Angestellte mit gleichzeitiger Kürzung der Gehälter gegen den Tarifvertrag verstößt, der Mindestgehälter festsetzt. Die Lohninheit für Angestellte sei das Monatsgehalt. Die bisherigen Urteile des Reichsarbeitsgerichts bezogen sich auf Arbeiter, bei denen die Lohninheit, der Stundenlohn, nicht angegriffen wird. Da im Tarifvertrag die Kurzarbeit nicht vorgesehen sei, sei auch daraus zu folgern, daß nicht beabsichtigt war, Kurzarbeit einzuführen.

Bekanntlich haben die Gewerkschaften auch im Berliner Konflikt eine Feststellungsklage eingereicht. Die Entscheidung des Arbeitsgerichts in Brandenburg dürfte deshalb von großer Bedeutung für die Entscheidung des Berliner Arbeitsgerichts sein.

Arbeitslosigkeit durch Notprogramm.

Etwas mehr Planmäßigkeit, bitte!

Die steigenden Fürsorgelasten infolge der Arbeitslosigkeit haben besonders in Sachsen zahlreiche Städte in eine bedenkliche Lage gebracht. Besonders schlimm steht es um die Industriestadt Freital im Plauenischen Grunde. Die Stadt kämpft vor allem gegen die beabsichtigte Stilllegung der Gussstahlwerke Döhlen H. G., die Jahrzehnte Tausende von Arbeitern beschäftigten. Durch Begleitung der Reichsbahn-aufträge (Schienen, Oberbaumaterial usw.) nach dem Westen, droht den Werken Auftragsmangel. Beim sächsischen Wirtschaftsministerium liegt daher bereits der Stilllegungsantrag vor. Allpolitischen Gruppen und Parteien protestieren einmütig gegen die Benachteiligung der sächsischen Wirtschaft bei der Vergabe der Aufträge der Reichsbahn und der Reichsbehörden. Präsident Wolff von der Dresdener Handelskammer erklärte, nach dem Urteil aller Sachleute seien die Döhle Werke durchaus leistungs- und lebensfähig.

Wir haben bereits wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß die Verteilung der Arbeitsaufträge aus der Arbeitsbeschaffung der Reichsbahn unbedingt in engerer Fühlungnahme mit den Landesarbeitsämtern vorgenommen werden muß. Man darf erwarten, daß nun bald in dieser Hinsicht zwischen Reichsbahn und Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung klare Verhältnisse geschaffen werden. Das Notprogramm soll die Arbeitslosigkeit eindämmen, nicht vergrößern!

Der Tod droht.

Unfallverhütung durch das Bild.

Im Jahre 1928 ereigneten sich in den bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften versicherten Betrieben Unfallstodesfälle 209 an Arbeitsmaschinen, beim Transport 1428, durch Fall 657, auf dem Wege von und zur Arbeit 542. Die Gesamtheit der Unfallstodesfälle in Deutschland betrug 25.000.

Die Zahl der tödlichen Unfälle in den berufsgenossenschaftlich versicherten Betrieben gerade an den gefährlichen Arbeitsmaschinen erscheint verhältnismäßig niedrig. Sie ist die Folge der immer gewerkschaftlicher ausgebildeten Schutzvorrichtungen an den Maschinen. Vollkommene Sicherheit vor Gefahren können aber auch die besten Schutzvorrichtungen nicht gewähren; oft genug wird aus Nachlässigkeit und Gedankenlosigkeit von ihnen auch kein Gebrauch gemacht. Der komplizierte Mechanismus einer Maschine bleibt für den Unvorsichtigen außerdem stets eine Gefahr. Und wer heute nicht die Augen offen hält, für den ist das ganze hässliche Leben erfüllt mit Unfallmöglichkeiten — die sich in den meisten Fällen vermeiden lassen.

In allen Betrieben hängen die Unfallverhütungsvorschriften aus; wie viele Arbeiter haben sie wirklich bewußt gelesen? Bei wie vielen haben diese Vorschriften den Willen zur Befolgung ausgelöst? Ein Bild, das eindrucksvoll und einfach den Höhepunkt einer Gefahr oder die Folgen eines Unfalls darstellt, zwingt jeden zur Aufmerksamkeit.

Im Auftrage des Verbandes der Deutschen Berufsgenossenschaften erscheinen seit langem Plakate dieser Art; der Arbeiter, der beim nächsten Schritt in ein Kellerloch stürzen muß, das schräg liegende Kollegen offen liegen, der erblindete Bergmann, der vor den Folgen unvorsichtiger Arbeitsweise marit, der Tod, der sich aus einem Zigarettenwäldchen am Arbeitsplatz formt, reden eine eindringliche Sprache. Sie mahnen mit dem Plakat, das einen Unfallverletzten im Krankenhaus zeigt: „Dies Unfallverhütungsvorschriften nicht erst im Krankenhaus!“

Doch gegen eine allzu gleichförmige Ermahnung, sei sie auch noch so eindringlich, stumps der Mensch schließlich ab. Es gilt, das Notwendige auf immer neue Art zu sagen. Die 343 Unfallverhütungsbilder, die bisher erschienen sind, geben Betrieben aller Art die Möglichkeit, die notwendigen Ermahnungen abwechslungsreich und einprägsam zu wiederholen. In geeigneter Stelle dürften besonders erfolgreich auch alle die Bilder wirken, die die Ausführung von Schutzmaßnahmen zeigen mit der antwortgebenden Frage: Weshalb geschieht dies oder jenes? Die Diskussion über die Notwendigkeit der Schutzmaßnahmen wird hier durch unwissende Kollegen immer neu herausbesprochen. Sehr nützlich sind Plakate mit den verschiedenen Unfallverhütungsbildern, durch die Unterhaltungen über Gefahrenschutz bei der Arbeit auch in die Familie getragen werden können.

In den Nachtragsheften zu dem Hauptverzeichnis „Unfallverhütung durch das Bild“ befinden sich übrigens eine ganze Reihe wirkungsvoller Plakate, die sich auf die vermeidbaren Gefahren des allgemeinen Lebens zu Haus und auf der Straße beziehen. Auch diese Plakate verdienen weitestgehende Verbreitung.

Der DMB. weicht sein Haus ein.

Man muß die Feste feiern wie sie fallen.

Am Sonntag findet in Berlin die Einweihung des neuen Verwaltungsgebäudes des Deutschen Metallarbeiterverbandes statt, das in der Alten Jankowskistraße 148—155 in unmittelbarer Nähe des „Vormarsch“ errichtet worden ist und bereits die von Stuttgart übergestülpte Leitung und Verwaltung des Verbandes beherbergt. Die Einweihung des Eisernen Hauses ist der Auftakt zum Verbandstag der Metallarbeiter. Der Begrüßungsabend für die Teilnehmer am Verbandstag findet am Sonntagabend im Berliner Sportpalast statt.

Der Verbandstag der Riefengewerkschaft der Metallarbeiter fällt in eine stürmische Zeit. Die Konflikte in der Metallindustrie häufen sich. Im Augenblick steht die Arbeitszeitfrage für die Metallarbeiter im Bezirk Nordwest wieder im Vordergrund, in der Berliner Metallindustrie sind die Angestellten von Entlohnung und Gehaltskürzung bedroht, was auch den Arbeitern nicht gleichgültig sein kann, und dann stehen die Reichstagswahlen vor der Tür, in denen die freien Gewerkschaften diesmal in vorderster Front Schuster an Schuster mit der Sozialdemokratie kämpfen, weil die unmittelbarsten Lebensinteressen der Arbeiter durch den sozialreaktionären Vorstoß des Kabinetts Brüning in der Arbeitslosen- und Krankenversicherung, sowie in der Lohnfrage aufs ärgste bedroht sind. Unter diesen Umständen kommt der Tagung der größten deutschen Gewerkschaft besondere Bedeutung zu.

In Kiel findet am 27. und 28. August im Gewerkschaftshaus eine Konferenz der im Gesamtverband organisierten Gemeindearbeiter statt. Ihr folgt am 27. und 28. Monats eine Konferenz der Gas-, Wasser- und Elektrizitätsarbeiter. Im Anschluß daran tagt — ebenfalls in Kiel — die Internationale dieser Arbeitergruppe.

Unchristliches Christentum.

Die Lügenkampagne steigert sich.

Seitdem die freien Gewerkschaften an die Arbeiterschaft den Appell gerichtet haben, mit aller Kraft für den Sieg der Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen zu kämpfen, greifen die Organe der christlichen Gewerkschaften in ihren Wahlzügen mit Vorliebe die freigewerkschaftlichen Führer an. Dabei verfeinerte sich der Zentralverband der christlichen Fabrik- und Transportarbeiter zu Agitationen, die über die Grenze des Erlaubten arg hinausgehen. Eins seiner Gewerkschaftsblätter, „Gut Brand“, bringt eine Notiz, worin August Bren, dem Führer des freigewerkschaftlichen Fabrikarbeiterverbandes vorgeworfen wird, mit dem Scharfmacher Jugenberg für die Ableh-

nung des Rotpfefers der Beamten und der Aufsichtsratsmitglieder von Aktiengesellschaften, sowie für die Ablehnung der höheren Besteuerung der Einkommen über 8000 Mark gestimmt zu haben! Diese Abstinenz, so schreibt das christliche Gewerkschaftsorgan, reißt sich würdig derjenigen an, in der der Abg. Bren im Jahre 1929 für die Verschlechterung der Arbeitslosenunterstützung der Wanderarbeiter, der Fendelarbeiter, der Saisonarbeiter und der Arbeitslosen mit etwas Hausbesitz gestimmt habe! Im gleichen Atemzug behauptet das christliche Lügenblattchen, die sozialdemokratischen Gewerkschaftssekretäre hätten durch ihren Antrag, die Rotverordnung aufzuheben, das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung gestört und dadurch die Massenarbeitslosigkeit von neuem gefördert.

Diese Anwürfe gegen die freien Gewerkschaften sind ebenso dumm wie frech. Nächstens werden die Christen noch herauskommen und erklären, die Rotverordnung des Kabinetts Brüning seien von der Sozialdemokratie beschlossen worden. Die Krankenversicherungreform haben sie ja bereits dem früheren sozialdemokratischen Reichsarbeitsminister Wiffel aufs Konto zu legen versucht. Daß das Zentrum im Reichstag bei so und so vielen Anlässen die Sozialdemokratie im Stich ließ, wenn sie die Besitzenden zu den Lasten heranziehen wollte, davon wissen die braven Christen absolut nichts.

Die Christen wollen andere Leute für ihre Sünden verantwortlich machen. Sie wissen nämlich ganz genau, was das Kabinett Brüning alles auf dem Gewissen hat. Sie wußten sogar von vornherein, daß die Arbeiter von den Regierungskünstlern Brünings nichts Gutes zu erwarten hatten. So schrieb „Gut Brand“, das Lügenblattchen der christlichen Fabrik- und Transportarbeiter, als die Frontkämpferregierung aus Aude kam, böser Vorahnungen voll, von Stegerwald und Brüning: „Beide sind schon vor längerer Zeit aus den Diensten unserer Bewegung ausgeschieden. Sie sind dann vollständig unabhängig von unserer Bewegung geworden. Die Bewegung könne ihnen keinerlei Weisungen oder Richtlinien geben. Selbstverständlich auch keinerlei Verantwortung für ihre Handlungen und Entscheidungen übernehmen.“

Das ist's. Die Christlichen wollten und wollen die Handlungen und Entscheidungen des Kabinetts Brüning nicht verantworten, und deshalb machen sie kurzerhand die — Sozialdemokratie dafür verantwortlich!

Entspannung in Nordfrankreich.

Starke Zunahme der Betriebe, die bewilligt haben.

Paris, 15. August. (Eigenbericht.)

Die Entspannung im Viller Streikrevier hält weiter an. In Viller selbst sind 28.000 Streikende zur Arbeit zurückgekehrt, nachdem die Unternehmer ihre Bedingungen angenommen hatten. Ein starker Optimismus herrscht auch in der Gegend von Roubaix und Tourcoing. In Tourcoing sind nur noch 26.000 Arbeiter von 45.000 im Streik, in Roubaix hat sich die Zahl der Streikenden von 47.000 gleichfalls auf 25.000 erniedrigt. Für Montag hofft man auf das Zustandekommen von direkten Verhandlungen zwischen dem Textilkonföderation und den Streikenden.

Der französische Arbeitsminister Laval wird am kommenden Montag noch einmal versuchen, die Gegensätze im nördlichen Industriegebiet beizulegen. Der sozialistische Bürgermeister von Lille, der Abgeordnete Salengro, hat sich am Donnerstag in das Arbeitsministerium begeben und den Minister gebeten, eine Abordnung der Gewerkschaften zu empfangen, um mit ihnen die Maßnahmen zu besprechen, die im Interesse einer Arbeitswiederaufnahme ergriffen werden müßten. Der Arbeitsminister hat sich bereit erklärt, diese Abordnung am Montag zu empfangen und gleichzeitig die Arbeitgeberverbände eingeladen, an der Besprechung teilzunehmen.

Belästigung der Arbeitslosen.

Durch politisch maskierte Rowdys.

Die kommunistische Partei hat den Anfang damit gemacht, die „Stempelstellen“, die Arbeitsnachweise, zu systematischer politischer Agitation zu mißbrauchen. Aus der Not der Arbeitslosen sucht sie parteipolitischen Honig zu saugen. Die wartenden Arbeitslosen sind sozusagen gezwungen, die alleinsetzenden Tiraden der kommunistischen Kollommandos über sich ergehen zu lassen. Widersprüche kommen gegen deren schlagkräftigen Faustargumente nicht auf.

Das Treiben der Kommunisten hat nun die hakenkreuzlerische Konkurrenz auf den Plan gerufen. Was jenen als recht erscheint, nehmen diese für sich als billig in Anspruch. Wie weit es schon gekommen ist, dafür als Beispiel die folgende Zuschrift:

„Als erwerbsloser kaufmännischer Angestellter bin ich leider genötigt, zweimal wöchentlich auf den Nachweis Kaiser-Wilhelm-Straße zu gehen. Der Hof dieses Nachweises hat sich zu einem förmlichen Kriegslager der Hakenkreuzler entwickelt, die hier aus der Not der erwerbslosen kaufmännischen Angestellten noch glauben Riemen schneiden zu können. Als Republikaner oder auch nur Andersgünstiger wird man sofort von den Hitlerburchen lässlich bedroht bzw. wird man dann von diesen aufgelauret vor dem Nachweis.“

Wie ich feststellen konnte, sind es festorganisierte Trupps, die anscheinend von irgendeiner Stelle aus dirigiert werden. Auch ich wurde heute, als ich Stempel ging, lässlich bedroht und dann auf der Straße weiter verfolgt, so daß ich direkt in das nachliegende Warenhaus Tsch. flüchten mußte. Man kommt sich diesen Burchen gegenüber geradezu wie vogelfrei vor.“

Wie wollen die Arbeitslosen sich vor diesen provokatorisch auftretenden Rowdys schützen? Die Polizei kann nicht neben jeden Arbeitslosen auf dem Arbeitsnachweis einen Beamten stellen. Dennoch muß diesem Treiben der Stoßtrupps vor den Arbeitsnachweisen wirksam begegnet werden, um ihm ein Ende zu machen.

Wahlung, Kartonnagenarbeiter und -arbeiterinnen! Die Firma Zucker u. Co., Seifenfabrik, Mühlentstr. 51/52, versucht in der Kartonnagenabteilung die Löhne abzubauen. Die Firma ist deswegen gesperrt. Es wird vor Annahme von Arbeit nach diesem Betriebe gewarnt.

Verband der Buchbinder und Papierarbeiter, Orsoverwaltung Berlin.



Zusendaruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Samstags, Sonnabends: Spiel und Sport ab 19 Uhr auf dem Sportplatz im Hundelohren.

Verantwortlich für Inhalt: Dr. Carl Geyer; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Agitation: R. S. Döhlers; Polizei und Sonstiges: Fritz Kahlert; Anzeigen: Th. Glöde; sämtlich in Berlin. Berlin: Nordwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Nordwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 4. Preis 2 Beilagen.

Wochenende in der Mark

Ausflüge in die weitere Umgebung

Im Lößnitzgebiet.

In dem großen von Spree und Lößnitz durchflossenen Waldgebiet zwischen Erkner und Fürstenwalde übt der an Erkner anstoßende Teil eine besondere Anziehungskraft aus. Wie meistens in der Mark beruht der Reiz dieser Gegend auf Seen, die sich kettenartig aneinander reihen. Erkner — wohl neben Potsdam der am meisten besuchte Ort im weiteren Vorortbezirk — ist der Mittelpunkt von Wasserstrahlungen nach allen vier Himmelsrichtungen: Nach Norden Flakensee mit Waltersdorfer Schleufe, Kalfsee und Stienhsee; nach Osten die Lößnitz, Bupagsee, Heiderersee, Priestersee, Werlsee, Beehsee und Willensee; nach Süden die Spree und nach Westen Dämmersee und Rügelsee. Wie die Aufzählung zeigt, ist der Ost-Szenario der abwechslungsreichste, und zahlreiche Berliner haben sich die Ufer und die Landengen zwischen den Seen nutzbar gemacht, so daß schmale Kolonien entstanden, von denen Fangschleuse, Grünheide und Alt-Buchhorst genannt sein mögen. Für die Beliebtheit der Ausflüge nach diesem Seengebiet spricht noch der bequeme Zugang — man kann in Erkner beginnen, oder auch die Station Fangschleuse der sich anschließenden Vorortlinie Erkner—Fürstenwalde als Ausgangspunkt wählen. Der Weg von der Station nach Grünheide erfordert 1/2 Stunde, nach Fangschleuse und nach Alt-Buchhorst je 3/4 Stunde. Auch die einzelnen Umarmungen im Bändergebiet sind gemittelt zu Spaziergängen mehr einladend als zu Dauermärschen, von denen wir aber doch nennen wollen: Erkner—Fürstenwalde über Fangschleuse (1 Stunde), Alt-Buchhorst (1/2 Stunde), Hangelberg (1 1/2 Stunde), Fürstenwalde (2 1/2 Stunden); oder ab Hangelberg über Braunsdorf—Ratzgräpitz—Köpin zum Scharmühssee (4 Stunden). Die aus den Kolonien an den Seen nach Norden angetretenen Märche nach Waltersdorfer Schleufe und Rüdersdorf sind mit ihrer Wegdauer von etwa 2 Stunden nicht strapazios zu nennen. Über die Seen selbst laden doch am meisten. Der Weg von Erkner nach Kolonie Fangschleuse (1 Stunde) führt uns an der Nordseite des Bupagsees entlang und weiter zu dem malerischen Heiderersee. Die Fortsetzung des Weges am Südufer des Bepes bringt uns über Gottesbrück und Bergluch nach dem zwischen Werlsee und Beehsee gelegenen Grünheide (1/2 Stunde) und von dort auf

Waldweg nach Alt-Buchhorst (1/2 Stunde). Wer Lust hat, nicht nur der Lößnitz, sondern auch der Spree einen Besuch abzugeben.

(Phot. Aug. Rupp.)



Am Heiderersee.

gestatten, kann vom Werlsee (Gottesbrück) südwestlich in einer Stunde nach Habenbrücke gelangen und in gleicher Zeit die Rückkehr nach Erkner beschleunigen.

Vorschau auf die Funkausstellung 1930.

Aus Anlaß der am 22. August für die traditionelle Dauer von 10 Tagen in den Ausstellungshallen am Kollertdamm zur Eröffnung gelangenden „Großen Deutschen Funkausstellung Berlin 1930“, die in diesem Jahre erstmals mit der „Phono-Schau Berlin 1930“ vereinigt ist, wurde kürzlich näheres mitgeteilt.

Ueber die volkswirtschaftliche Bedeutung der Ausstellung, die in diesem Jahre wiederum 350 Ausstellerfirmen in 6 Hallen auf 25000 Quadratmeter Ausstellungsfläche vereinigt, sprach Dr. Erwin Michel in seiner Eigenschaft als Leiter der Ausstellung. Die Große Deutsche Funkausstellung, betonte der Redner, sei vielleicht die bedeutendste abstrakt-technische Leistung, die die deutsche Funkindustrie aufzuweisen habe. Eingehende Untersuchungen am heimischen Markt hätten ergeben, daß von ausschlaggebender Bedeutung der Ausbau des Sendernetzes für die Ausbreitung des Rundfunks und damit für die Verbreitung der Funktechnik für Rundfunkzwecke gemein sei. So habe sich z. B. durch die Schaffung des Langenberg-Senders im Jahre 1927 die Rundfunkteilnehmer-Ziffer von 44300 am 1. Januar 1927 auf 239400 am 1. Januar 1928 erhöht. Dann habe sich im ersten Halbjahr 1930 die Zunahme der Rundfunkteilnehmer beträchtlich verlangsamt, da in der letzten Zeit keine neuen Sender errichtet worden seien. In einzelnen Teilen des Reiches sei sogar ein Absinken der Sättigungsgrad erreicht. Der prozentual geringste Zuwachs der Teilnehmer wurde im Bezirk Berlin, einem Bezirk mit der größten Rundfunkdichte, festgestellt. Das hauptsächlichste Verbreitungsgebiet seien die Städte, während auf dem flachen Land die Teilnahme immer noch sehr schwach sei.

Ueber technische Neuheiten der Funkausstellung referierte der Abteilungsleiter am Reichspostzentralamt, Dr. Ing. Harich. Er betonte, daß grundrührig Neues nicht zu finden sei, sondern man lediglich vervollkommnete Geräte zeige. Neu sei das große Interesse für Störungsabwehrmaßnahmen und für das Fernsehen. Hier sei es vor allem die deutsche Reichspost, die Fortschritte auf diesem Gebiet zeige. Von der Reichsrundfunkgesellschaft werde ein großer repräsentativer Raum errichtet, in dem mit eigens hierzu konstruierten Großlautsprechern Rundfunkvorstellungen zu Gehör gebracht werden. Wie alljährlich veranstaltete die Gesellschaft auch einen Bassler-Wettbewerb. Die Verbindung der Phono-Schau habe Anlaß gegeben, in besonderem Maße auf die Schallplatte im Dienste des Rundfunks einzugehen.

Ueber die Neuerung, die die Phono-Schau zeigen wird, sprach Dr. Wiggers. Besonders interessant sei der Versuch einer Kombination der sich bisher immer mehr oder weniger feindlich gegenüberstehenden organischen und mechanischen Musik in ein und demselben Instrument. Es werde eine neuartige Konstruktion gezeigt werden, die Piano, Radio, Lautsprecher- und Schallplattenmusik in sich vereinigt, ohne äußerlich von der bekannten Standardform des Pianos wesentlich abzuweichen.

Neue Straßenbahnlinie 38.

Am 16. August wird eine neue Straßenbahnlinie 38 Schöneholz—Dönhofsplatz über Provinzstraße, Drontheimer Straße, Kollertdamm, Bahnhofs-Geländebauern, Kolonnenhof Weg,

Hädelcher Markt, Kaiser-Wilhelm-Straße, Spandauer Straße, Kollertdamm, Spittelmarkt in Betrieb genommen. Gleichzeitig wird die Omnibuslinie A 25 von Schönholz zurückgezogen und ab Friedrichstraße, Ecke Unter den Linden, über Schlossplatz, Königsplatz, Alexanderplatz, Landsberger Straße bis Landsberger Allee, Ecke Elbinger Straße geführt.

Die Omnibuslinie A 2 verkehrt vom gleichen Tage an nur zwischen Brunnen- und Bismarckstraße und Unter den Linden-Zooausgang.

Die Einsturzhäuser in Charlottenburg.

Die Baupolizei sagt: Keine akute Gefahr.

Während einige Häuser in der Heibelstraße, hauptsächlich das Eckgrundstück Heibel, Ecke Fritschestraße neu fundamementiert worden sind, geht die Bewegung in den Fundamenten anderer Wohnhäuser, die alle auf äußerst ungünstigen Baugrund stehen, unaußersichtlicher weiter, so daß wieder alarmierende Meldungen über Einsturzgefahr laut geworden sind. Am gefährlichsten sieht es gegenwärtig bei dem Haus Fritschestr. 18 aus, wo die Bewegungen in den Fundamenten und die Risse im Mauerwerk sich in der letzten Zeit ständig vergrößern. Die Baupolizei des Bezirksamtes Charlottenburg steht allerdings auf dem Standpunkt, daß gegenwärtig keine akute Einsturzgefahr besteht. Die Häuser werden alle 14 Tage von Bauaufsichtsbekanntem kontrolliert und Messungen über die Bewegungen vorgenommen, und zwar landen die letzten Untersuchungen vorgestern statt.

Die Verhältnisse in diesen bedrohten Wohnvierteln bergen eine Reihe von Schwierigkeiten finanzieller und rechtlicher Art in sich, vor allen Dingen fehlt das Geld und die gesetzliche Handhabe, den Bewohnern Ersatzwohnungen zu geben. Zehn Parteien des besonders bedrohten Hauses sind bereits freiwillig ausgezogen, und das Charlottenburger Wohnungsamt weist allen diejenigen Mietern, die ausziehen wollen, neue Wohnungen zu. Ein Teil der Mieter legt aber keinen Wert auf den Umzug, der natürlich mit Kosten verbunden ist, denn hinzu kommt, daß die Mieten in Neubauswohnungen sehr hoch sind und die Räume dort auch meistens so klein sind, daß die Möbel gar nicht hineinpassen. Räumungsbefehle können nur von der Baupolizei erlassen werden, wenn wirkliche Einsturzgefahr besteht. Das Beispiel des Hauses Fritschestraße, wo nachträglich wegen des Räumungsbefehls Schadensersatzprozesse gegen die Stadt anhängig gemacht wurden, hat die Behörde natürlich nicht ermuntert, da die Gefahr besteht, daß ihr für ihre Fürsorge nachträglich finanzielle Nachteile entstehen. Auch die rechtliche Handhabe, die Neufundamentierung der bedrohten Häuser zu erzwingen, ist nicht vorhanden, und derartige Maßnahmen wären auch zwecklos, da die Erneuerungsarbeiten eben an der Gebäudetrage scheitern.

Die Tätigkeit der Baupolizei ist begrenzt durch ihre Verantwortung für Leben und Gesundheit der Bewohner, und die Bau-

Internationale der Schulen.

Französische Lehrer im Berliner Rathaus.

Mit haben zur Zeit in Deutschland viele willkommenen Gäste aus dem Auslande. Zahlreich sind daher auch die Kundgebungen für die Völkerverständigung, an denen französische, englische und deutsche Lehrer und Schulkinder teilnehmen. Hier kommt der Verständigungswille insbesondere des französischen und des deutschen Volkes zu starkem Ausdruck. Die Ausländer erhoffen für die deutsche Demokratie und ihre Vorkämpferin, die deutsche Sozialdemokratie, im Wahlkampf einen entscheidenden Erfolg.

In Berlin feierte vor kurzem die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer im Stadtverordnetenversammlungsaal die Anwesenheit von ungefähr 20 französischen und 5 englischen Junglehrern, zum größten Teil Sozialisten, die eine Studienreise durch Deutschland machen. Auf Einladung des Bezirksamtes Prenzlauer Berg werden die ausländischen Lehrer Berliner Produktionsbetriebe und besonders soziale Einrichtungen, außerdem auch die Institutionen und Unternehmungen der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften besichtigen. Die Begrüßungsansprache in der überfüllten Kundgebung hielt der sozialdemokratische Bürgermeister des Bezirksamtes Prenzlauer Berg, Dr. Ostrowski, der sich um das Zustandekommen der Studienreise besonders bemüht hat. Er verkündete den Willen der Arbeitermilionen und des geistigen Deutschlands zur Sicherung des Weltfriedens. Die Lehrer besonders auf den Volksschulen, sollen Erzieher zum Friedenswillen sein. Der Redner schloß in französischer Sprache mit dem Ausruf, alle Kräfte einsehen für eine wahrhafte „friedliche Durchdringung“ der ganzen Welt. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hatten Franz Künstler entsandt. Er erinnerte an den Kriegswahnsinn vor 16 Jahren, den die Gegner der Sozialdemokratie im letzten Wahlkampf anscheinend wieder herbeiführen. Gemeinsam mit den Arbeitern der ganzen Welt muß der Kampf geführt werden, damit die Menschheit ein einziges Volk, die Erde ein einziges Vaterland werde! Es sprachen noch Vertreter verschiedener pazifistischer Organisationen, unter anderem Senatspräsident Freymuth von der Deutschen Friedensgesellschaft, Genosse Fiedler für die Freunde der internationalen Kleinarbeit, und für den Bund entschiedener Schulreformer Prof. Destré.

Genosse Mitchell aus Edinburgh in Schottland und Genosse Brun aus Nîmes in Südfrankreich dankten für die Begrüßung und sprachen das Gelübnis aus, unermüdet in den Reihen der Arbeiterbewegung für internationale Solidarität zu kämpfen. Der französische Genosse überbrachte den Wunsch des Genossen Compere-Morel, des Leiters des „Populaire“, für einen Wahltag der deutschen Sozialdemokratie am 14. September im Interesse der gesamten Internationale. Ein begeistertes Hoch auf die Völkerverständigung und den internationalen Sozialismus, in das alle Anwesenden einstimmten, schloß die Kundgebung ab.

Im Rathaus Alexanderbad wurde vor einigen Tagen ein internationales Schülertag der Teilnehmer an den beiden im März untergebrachten deutsch-französischen Ferienschulen der Stadt Berlin veranstaltet. Der Ministerpräsident Deist von Anhalt, der Landtagspräsident Riese von Braunschweig und die Direktoren verschiedener Schulen und Bürgermeister der benachbarten Städte nahmen an der Kundgebung teil. Oberschulrat Henn-Berlin hielt die Begrüßungsansprache im Namen der Stadt und feierte die Verdienste der Schulmänner, die in jahrelanger mühevoller Arbeit das Werk der der gemeinsamen Völkerverständigung dienenden Erziehung der Jugend der Nationen aufbauten. Die Feiern wurden geschlossen durch das Abzingen des Deutschlandliedes und der Marseillaise.

polizei muß die Räumung anordnen, wenn diese Gefahr unmittelbar bevorsteht, ohne Rücksicht auf die Möglichkeit der anderweitigen Unterbringung der Mieter. Hier steht die Aufgabe des Wohnungsamts ein, das sich dieser Aufgabe auch nicht entziehen hat und nicht entziehen wird. Das Wohnungsamt hat im Interesse der Erhaltung von Wohnraum bei dem Grundstück Heibelstr. 17 und dem Eckgrundstück Fritschestraße-Heibelstraße eingegriffen und die notwendigen Sanierungsarbeiten ermöglicht, indem es zu sehr günstigen Bedingungen Mittel dafür zur Verfügung stellte. Diesen Weg will das Wohnungsamt auch bei dem Hause Fritschestraße 18 weiter beschreiten. Verhandlungen mit dem Hauseigentümer sind bereits seit Wochen im Gange. Diese Mitwirkung des Wohnungsamts und die Zurverfügungstellung städtischer Mittel für die Sanierungsarbeiten sind nur zu rechtfertigen unter dem Gesichtspunkt der

Erhaltung von Wohnraum.

Die Eigentümer der gefährdeten Grundstücke haben ihrerseits die Pflicht, ihre Grundstücke in einem Zustande zu erhalten, der die Bewohner nicht gefährdet. Bestände kein Wohnungsmangel, so würden auf Veranlassung der Baupolizei lediglich die geforderten Wohnungen zu räumen sein, und den Mietern bliebe es überlassen, sich selbst andere Wohnungen zu beschaffen. Die Verwendung öffentlicher Mittel ist nur zu rechtfertigen mit dem Mangel an Kleinwohnungen. Es handelt sich um die Erhaltung von 60 Wohnungen in den genannten Häusern in den Größen von zwei bis vier Zimmern, die durch die Sanierung mit geringeren Mitteln erreicht werden kann als durch die neue Herstellung.

Außer den genannten Grundstücken erscheint auch teilweise das Haus Wallstr. 5 gefährdet. Auch in diesem Grundstück hat die Baupolizei bereits vor etwa einem Jahre die Räumung von acht Wohnungen angeordnet, die heute noch leer stehen. Die geräumten und einige andere Wohnungen Wallstraße 45 werden zur Zeit instand gesetzt.

Bei übermäßiger Schweißabsonderung an Händen, Füßen und in den Achselhöhlen, sowie Geruchsbelästigung, besonders bei heißer Luftform-Oreome. Tab 1 Marl. In allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

Aufgegeben!

Das Schicksal von 46 Verschütteten in British-Columbia.

Princeton (British-Columbia), 15. August.

Die Hoffnung, daß 46 bei einem großen Grubenunglück auf der Coakmont-Zeche verschüttete Bergleute gerettet werden könnten, hat sich leider nicht verwirklicht. Trotz aller Bergungsversuche müssen die eingeschlossenen aufgegeben werden.

Vancouver, 15. August.

In dem Blackburn-Kohlenbergwerk, 50 Meilen östlich von Vancouver (Kanada), hat sich eine schwere Grubenkatastrophe ereignet, durch die, soviel bis jetzt bekannt ist, zwei Bergleute getötet und 46 andere 200 Meter tief unter der Erde eingeschlossen worden sind. Die Ursache der Katastrophe ist eine Grubengasexplosion, die sich unmittelbar nach Einfahren der Mittagschicht ereignete. Die Rettungsarbeiten wurden sofort aufgenommen, doch konnten bisher nur zwei Tote geborgen werden. Zu den eingeschlossenen Bergleuten konnten die Rettungsmannschaften bisher nicht vordringen, da der Zugang zu ihnen durch große Gesteinsmassen versperrt ist. Die Arbeiten zur Beseitigung dieses Hindernisses werden fieberhaft betrieben, doch befürchtet man, daß die Hilfe für die eingeschlossenen Bergleute zu spät kommt.

Vergiftungsversuch eines Bankiers.

Das Verschwinden des Berliner Bankiers Ferdinand Meyer, des Inhabers des Bankgeschäftes gleichen Namens in der Behrenstraße 14/16, das schon an der Börse zu dem Gerücht von der Flucht M.'s geführt hatte, hat bereits gestern nachmittag seine Klärung gefunden. Der Bankier hat am Donnerstagabend nach seinem Fortgang aus dem Büro in einem Hotel in der Nähe des Stettiner Bahnhofs in der Invalidenstraße sich ein Zimmer genommen und dort versucht, seinem Leben durch Veronal ein Ende zu machen. Er wurde, ohne die Besinnung wiedererlangt zu haben, in das Virchow-Krankenhaus geschafft, wo die Ärzte hoffen, ihn am Leben erhalten zu können. Da der Bankier noch nicht selbst vernunftfähig ist, konnte das Motiv für den Verzweiflungsschritt bisher nicht festgestellt werden. Man vermutet jedoch, daß die schlechte wirtschaftliche Lage im Bankgewerbe im allgemeinen und besondere finanzielle Verluste der Anlaß zu dem Selbstmordversuch sind.

Die Bankfirma selbst erklärte auf Anfrage, daß Ferdinand Meyer wohl einen Nervenzusammenbruch erlitten hat, der ihn zu seinem Schritt veranlaßte. Größere eigene Engagements an der Börse sei das Bankgeschäft nicht eingegangen.

Den Vater niedergestochen!

Offenbar in einem Akt von Rache nach gestern Abend die 50jährige Städtin Erna Beestow auf ihren Vater, den 60jährigen Metallschleifer Will Beestow in der Kaiser-Friedrich-Straße 201 in Neudölln, mit einem Messer ein und brachte ihm schwere Verletzungen bei. In letzter Zeit kam es zwischen Beestow und seiner Tochter, die vor etwa 6 Monaten aus Amerika zurückgekehrt ist, häufig zu erregten Ausbrüchen. Erna B. will, wie sie bei ihrer Vernehmung angab, in ihrem Zimmer beim Essen gesessen haben, als der Vater plötzlich eintrat und ihr wieder heftige Vorwürfe machte. Als sie seine Schimpfworte zurückwies, habe er einen Schubstiefel ergriffen und damit auf sie eingeschlagen. In ihrer Angst habe sie das auf dem Tisch liegende Messer ergriffen und mehrmals zugehauen. Ob diese Darstellung in allen Einzelheiten zutrifft, bedarf noch der weiteren Nachforschungen.

Beestow, der in das Urban-Krankenhaus gebracht wurde, hat mehrere Stiche hinter dem Ohr und am Arm erlitten; die Schlagader ist zerrissen, so daß Lebensgefahr besteht.

Auto überfährt zwei Radfahrer.

Auf der Straßenkreuzung der Ringbahn- und Germaniastraße in Tempelhof überfuhr gestern Abend eine Autodroschke zwei Arbeiter, die sich mit ihren Fahrrädern auf dem Heimweg befanden. Der 50jährige Arbeiter Max

90 Jahre Friedrichshain.

Berlins erste städtische Parkanlage.

Berlins größter Park im Nordosten, der Friedrichshain vor dem Königstore, wurde im Jahre 1840 als erster städtischer Park Berlins angelegt und kann also in diesem Jahre auf ein 90jähriges Bestehen zurückblicken.

Anlaß zur Schöpfung des Parks war die Feier der 100jährigen Wiederkehr des Regierungsantritts Friedrichs des Großen. Der Mann, der nach dem Tode des Alten Fritz am meisten für die Ausgestaltung von Sanssouci und seiner Gärten getan hat, Peter Josef Linné, schuf im gleichen Jahre, in dem er als Generaldirektor der königlichen Gärten die großen Erweiterungen von Sanssouci fertigstellte, auch den Entwurf für den Friedrichshain. Trotz mehrfacher Veränderungen und Ausgestaltungen, die im Laufe der Zeit ausgeführt wurden, ist der Friedrichshain doch in seiner ursprünglichen Form erhalten geblieben. Eine große Erweiterung wurde in den Jahren 1874 bis 1876 vorgenommen, und heute hat der „Hain“, wie der schöne Park bei den Anwohnern heißt, eine Größe von etwas mehr als 50 Hektar.

Kurz vor dem Kriege wurde nahe dem Königstor der von Ludwig Hoffmann entworfene Märchenbrunnen errichtet, der zu den schönsten Kunstwerken der Reichshauptstadt gehört. Zehn Märchengruppen von Tischner und verschiedene Märchenfiguren von Professor Wrba verziern ihn. Der östliche Teil des Friedrichshains, der sogenannte „Neue Hain“, enthält eine Sportanlage mit einem wundervollen, baumumstandenen Rasenplatz, die in der Nachkriegszeit mustergültig ausgebaut wurde. Umweit dieses Sportplatzes, an der Mauer des Krankenhauses am Friedrichshain,

befindet sich eine Gedenkstätte der Berliner Arbeiterschaft: Der Hilde-Friedhof der Märzgefallenen mit den Gräbern der Opfer aus den Kämpfen im März 1848.

Neue Schule für Siemensstadt.

Magistrat hat zugestimmt. — Demnächst Baubeginn.

Der Magistrat hat dem Bauprojekt der Schulverwaltung für den ersten Bauteil der Schule in Siemensstadt grundsätzlich zugestimmt.

Die im Etat vorgezeichneten Mittel in Höhe von 100.000 Mark für die Barackenklassen in Spandau sollen auf dieses Schulprojekt übertragen werden. Der Restbetrag in der gleichen Höhe soll vom Bezirksamt Charlottenburg zur Verfügung gestellt werden. Der Magistrat hat ausdrücklich zur Bedingung gemacht, daß eine Uebertragung der Mittel in der angegebenen Höhe von zusammen 200.000 Mark nicht eintreten darf. Der Stadtvorordnetenversammlung soll noch schnellstmöglich eine entsprechende Vorlage zugehen, und erst nach deren Annahme soll mit dem Bau begonnen werden. Für die vorübergehende Unterbringung der Schulkinder in Siemensstadt wird das Bezirksamt Charlottenburg zwei Schulklassen in der Schule in der Kamminer Straße und zwei hierzu besonders abzurichtende Läden in der neuen Siedlung Siemensstadt zur Verfügung stellen.

Roffius aus der Kolonie Goldweide in Radom ist inzwischen seinen Verletzungen im Tempelhofer St.-Josefs-Krankenhaus erlegen. Der andere Verunglückte, der 31jährige Vaerwerwaller Max Bloß aus der Joachim-Friedrich-Straße 46 in Halensee, hat ebenfalls schwere, jedoch nicht lebensgefährliche Verletzungen erlitten. Der Führer der Autodroschke beauptet bisher, daß er mit seinem Fahrzeug auf dem schlüpfrigen Pflaster ins Schleudern gekommen sei.

„R 100“ im Regen über dem Ozean.

Die Hälfte der Strecke hinter sich gebracht.

London, 15. August.

Nach einem Funkpruch des englischen Luftschiffes „R 100“, befand es sich um 7 Uhr (M.Z.) auf dem 53.05 Grad nördlicher Breite und 39.20 Grad westlicher Länge. Es hat somit die Hälfte seines Weges von Kanada nach Cardington hinter sich gebracht. Das Wetter ist seit Mitternacht erheblich schlechter geworden, der Wind hat eine Geschwindigkeit von 10 Stundenkilometern und hemmt das Luftschiff in seiner Fahrt. Seit sieben Stunden regnet es ununterbrochen. Die Führung des Luftschiffes hofft aber trotz des schlechten Wetters in der Nacht zum Sonnabend englischen Boden zu erreichen. Die Pressekorrespondenten loben die behagliche Einrichtung des Schiffes und die behagliche Fahrt trotz des schlechten Wetters.

Ein Fest der Jugend.

Die Sozialistische Arbeiterjugend, Westbezirk Neudölln, veranstaltet am Sonntag, dem 17. August, auf dem Ferialspielplatz in der Königsfelde ein „Fest der Jugend“. Gemeinsamer Treffpunkt und Abmarsch 13¼ Uhr Herbergplatz. Spiel, Sport, Latenspiele, Politische Revue. Die Kinderfreunde bauen ein Zeltlager auf. Bei der Schlußkundgebung spricht Genosse Dr. Kurt Löwenstein. — Teilnehmerkarte 30 Pf. Für Erreichungen aller Art ist geforgt.

SINCLAIR LEWIS DER ERWERB ROMAN

„Sehen Sie, Kleinen... Hören Sie, wirklich wahr, ich kann Ihnen gar nicht sagen, was das für eine Wohltat für mich ist, mit einem gebildeten und verständigen Mädchen wie Sie über Bücher und Literatur sprechen zu können. Nehmen Sie zum Beispiel die übrigen Leute hier im Hotel — nette Leute, wissen Sie, weit gereiste, vorurteilslose, intelligente Leute und alles. Aber Bücher — mein Gott! Davon verstehen sie ungefähr ebensoviel wie ein Kellner. Sie können sich also meine Freude denken. Sie hier zu treffen... Die Welt ist doch klein, eigentlich. Hören Sie mal, ich bin auch erst gestern angekommen, darum werden wir wohl gleich lange dabei sein, denk' ich. Ich würde Ihnen nun furchtbar gerne die Gegend hier herum zeigen, wenn Sie's nicht vielleicht für unerschämmt halten von mir. Wir könnten auch 'ne kleine Gesellschaft zusammenstellen, so etwa zehn oder zwölf Personen, und einen Ausflug auf die Kahle Koppe machen, und die Aussicht besuchen und mal richtig ausgehen. Ich würde mich auch freuen, Sie einmal nach Vesterhampton runterzuführen — es gibt dort ein richtiges, altes Wirtshaus, in dem irgend 'ne Berühmtheit mal gewohnt haben soll; es heißt, daß man dort die besten Brat-hühner und guten alten Kornschnaps und herrlichen Blaubeerenpudding bekommt, wie in den alten guten Zeiten. Wären Sie nicht?“

„Ja, natürlich, ich würde mich sehr freuen“, sagte Una.

2.

Herr Schwirz schien alle Leute im Hotel zu kennen. Er war erst seit sechsunddreißig Stunden da, und schon nannte er Herrn Cannon „Sam“ und wußte, daß das jüngste Kind der verheirateten Schwester des Fräuleins Vincent vor kurzem an einem ganz unerwarteten Choleraanfall gestorben war. Herr Schwirz stellte Una den anderen mit solcher Ueberschwenglichkeit vor, daß sie sofort in den intimsten Kreis aufgenommen wurde. Er brachte ihr die Anfangsgründe des Bridge bei. Abends wurde musiziert und deklamiert, und die schüchternen Una taute hier so weit auf,

daß sie zu ihrer eigenen Verwunderung plötzlich ein humoristisches Gedicht zum besten gab.

Schließlich stieg sie, mit einer Kerze ausgerüstet, zu ihrem altmodischen Himmelbett hinauf. Während sie wach lag, konnte sie ihre von Berufspflichten durchtränkten Gedanken nicht ganz vom Bürobetrieb fernhalten; sie dachte an die Arbeit, die ihrer wartete, sobald sie zurückkäme, an die wohlbekannte Reihe zahlloser kleiner Unannehmlichkeiten, und an einzelne unzusammenhängende Situationen aus ihrem Büroleben. Doch hauptsächlich dachte sie, durchdrungen vom Hauche der schlummernden Erde, an Herrn Julius Edward Schwirz.

Sie wußte, daß er nicht sehr gebildet war, aber sie leugnete, daß er dumm sei. Seine tiefe Stimme klang so freundlich; sein gestuhter Schnurrbart sah nett und sauber aus; seine Nägel, die bei jenem Mittagessen in den Tagen der Handelsschule ungepflegt gewesen, waren nun manikürt; er hatte ein selbstsicheres Benehmen, während Walter Babson an sich selbst zweifelte und zerkümmert war. Das alles zusammen bedeutete, daß diese übermüdete Frau in rührender Weise den Mann zu verteidigen suchte, dem sie gefiel.

Sie war sich nicht klar darüber, wo sie es gehört hatte, aber sie wußte, daß Herr Schwirz Witwer war.

3.

Die Tatsache, daß sie nicht aufstehen mußte, um ins Büro zu gehen, war der Haupteindruck, den Una beim Erwachen empfand; doch war sie nicht gänzlich stumpf gegenüber der Schönheit des Morgens, dem Zirpen eines Rotkehlchens, dem Glucken der Hühner, dem Kreischen eines Heuwagens und dem angenehmen, leichten Stallgeruch. Als sie aufstand, sah sie einen Hang mit Feldern vor sich, die so weit entfernt waren, daß sie glatt wie eine Wiese zu sein schienen. Einzelstehende, majestätische Bäume warfen lange Schatten über das hügelige Weideland, dessen frisches Gras vom Bieh zu einladenden Wegen niedergedrückt worden war. Auf der gegenüberliegenden Seite des Tales lag ein Gehöft, die Luft war so klar, daß jeder Baum zu unterscheiden war. Una war müde, doch der strahlende Morgen begeisterte sie. „Mein Amerika — wie schön du bist! Warum verwandeln wir dich nur in dumpfe Büros und häßliche Städte?“ überlegte sie, während sie sich ankleidete.

Doch da es noch nicht Frühstückszeit war, wandelte sich ihr plötzlicher Wunsch, etwas Besonderes für Amerika zu tun, in das Verlangen, eine Vor-Kaffee-Siesta zu halten, wie sie es nannte, und sie setzte sich auf die Veranda und wartete auf das Glockensignal, in der Hoffnung, daß der

gesprächige Herr Schwirz nicht kommen und eine Unterhaltung beginnen werde. Zu seiner Ehre sei es gesagt, daß er es nicht tat. Er erschien in blendend weißer Flanellhose, einem frisch gebügelten blauen Rock und einem Strohhut, der zu seinem dicken, doch wohlgepflegten Gesicht gut paßte. Er sagte freundlich „Guten Morgen“ und ging ein wenig vor dem Hause umher.

Während des ganzen Frühstücks weidete sich Una an dem Eindruck von Behäbigkeit und persönlichem Erfolg, der von Herrn Schwirz ausstrahlte schien, und überredete sich beinahe zu dem Glauben, daß seine dicken Backen und Fettwülste im Nacken kräftige Musteln wären.

Er forderte sie auf, mit ihm Krocket zu spielen. Una spielte mit einer Fertigkeit, die von den fashionabelsten Sporttreibern Panamas anerkannt war; sie schlug ihn; doch während sie errötend behauptete, er hätte eigentlich gewinnen sollen, frohlockte er über seine Niederlage und prahlte damit vor den Leuten auf der Veranda.

„Ich hatte Angst“, erzählte er ihr, „daß es in dieser Bauernwirtschaft ein wenig langweilig sein würde. Rechne sonst immer mehr auf ein paar lustige Brüder und dann und wann ein Glas Whisky; aber es sieht so aus, als hätte ich diesmal von meinem Urlaub was Besseres zu erwarten als 'ne feine Pokerpartie; Ihr Verdienst, Kleinen.“

Er schenkte sie aufrichtig zu verehren, und Una, die bisher noch nie den Vorzug genossen hatte, mit Männern herumzukommandieren, die Henry Carlton ausgewichen war und Walter Babsons Wünschen nachgegeben hatte, und sonst nur ihren jeweiligen Bürochefs gehorchen mußte, machte zum ersten Male von diesem Vorrecht Gebrauch. Sie rückte mit damenhaften Launen und Wünschen heraus. Bat Herrn Schwirz, ihr das Taschentuch zu suchen, einige Zeitschriften zu bringen, die Kissen auf dem Stuhl zurechtzurücken oder sie auf einem Spaziergang zur Waldmiese hinauf zu begleiten.

Er gehorchte atemlos.

Sie gingen eine alte, durchjuchte Waldstraße zur Lichtung hinauf, an einer verlassenem Farm vorbei — einem massiven Steinbau mit roten Balken, dessen düsterer Einbruch durch das hochstehende Gras gemüdet wurde, das den Obstgarten zu einem stielichen Ort machte. Sie kamen an Beerensträuchern vorbei — Himbeeren, Brombeeren und Johannisbeeren, die hier wild wuchsen; grün und golden glühendem Buschwerk, in dem sich die Sonnenstrahlen wie in einem Netz fingen. Sie sahen gelbe Singvögel aufstatten und davonfliegen, einen königlichen Niederstößen, und das Gefieder einer fliehenden Prachtmeise ausblitzen.

(Fortsetzung folgt.)

Das Bauernelend in China.

Die chinesische Landwirtschaft. — Hintergründe der jehigen Bauernaufstände.

China ist ein ausgesprochenes Agrarland. Für 80 Proz. der Bevölkerung ist die Landwirtschaft die Hauptbeschäftigung. Bereits daraus ergibt sich die außerordentliche Bedeutung der Agrarfrage (sowohl für den wirtschaftlichen Aufbau Chinas als auch für den weiteren Gang und Ausklang der chinesischen Revolution. In einem Bauernelend wie China muß die national-bürgerliche Revolution in hohem Grade zu einer Agrarrevolution werden.

Mehr als vier Jahrtausende bildet die Landwirtschaft die Grundlage der chinesischen Volkswirtschaft.

Ihre Entstehung und Vorgeschichte ist mit Religionsmythen und Sagen umweht. Das volkstümliche Sprichwort gibt den Bauer den ersten Platz unter den Berufen. Aber diese Führerstellung der Bauernschaft ist in der heutigen chinesischen Gesellschaft ein Mythos. Immerhin bleibt für den chinesischen Bauern die Scholle sein alles. Das Familiendorf mit Reisfeldern umgeben ist für den Bauern die Welt. Sein ausgesprochenes Familiengefühl, sein Ahnenkultus, seine Religion, seine Kultur sind seit jeher mit dem Ackerbau aufs engste verbunden.

Der Erstarrungsprozeß Chinas im Laufe der Jahrtausende ist im großen Maße auf die Erstarrung der chinesischen Landwirtschaft zurückzuführen. Die seit alten Zeiten erprobten Verfahren der Nordländer blieben Jahrtausende hindurch unverändert. Das wunderbare Reiz der Bewässerungsanlagen, das über 200 000 Meilen beträgt, das herkömmliche Düngungssystem mit menschlichen Exkrementen, das Gartenbauverfahren, fast ohne jede Tierkraft, alles spricht von der unzerstörbaren Tradition und Stabilität, die alle politischen Gewitter überstanden haben. Nun zerstört und revolutioniert das Eindringen des Kapitalismus das erstarrte chinesische Mittelalter nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem flachen Lande. Dabei spielt die Ueberbevölkerung Chinas (in den Südprowinzen 371,1 Einwohner je 1 Quadratkilometer des Ackerlandes) eine große Rolle. Nur ein Drittel des für den Ackerbau geeigneten Landes im eigentlichen China aber ist im Betriebe.

China ist das Land des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs.

Das erklärt sich auch geschichtlich. Im Wandel der Zeiten scheinen in China mehrere Agrarrevolutionen stattgefunden zu haben. Es ist aber fraglich, jedenfalls stark umstritten, ob in China irgendwann ein Feudalismus im europäischen Sinne bestand. Immerhin kann jetzt von einem ausgesprochenen Feudalsystem kaum die Rede sein, vielmehr von einer vorkapitalistischen Struktur, die starke patriarchalische Ueberreste und feudale Elemente aufweist. Nach allen, immer mehr schwindenden Rechtsanschauungen stand einst alles Land im Eigentum der Staatsgewalt. Deshalb gehörte alles Ackerland dem augenblicklichen Besitzer nur als Erbpachtung. In der Praxis aber kann jeder Grundstücksbesitzer über seine Landbesitz — solange er keine Steuern zahlt und sein Grundstück ordnungsmäßig bestellt — frei verfügen. Er kann seinen Landbesitz weiterverpachten oder verkaufen, wobei die Verwandten das formelle Vorkaufsrecht haben.

Es gibt in China jetzt keine Grundbesitzer, keine Grundbesitzer gleich den ehemaligen russischen „Barnschicht“. Trotzdem gibt es besonders in den Nordprovinzen Großgrundbesitzer, die aber keine eigene Großwirtschaft führen, sondern ihren Grundbesitz parzellenweise den Bauern verpachten. Die Agrarverhältnisse bilden überhaupt eine eigenartige Mischung von einem primitiven halbfeudalen Pachtsystem mit der

Ausbeutung durch das Handels- und Wucherkapital.

Schätzungswiese ist nicht minder als die Hälfte des Kulturlandes in irgendeiner Form gepachtet, jedenfalls wirtschaftlich abhängig. Auf dem flachen Lande herrscht die Naturalpacht. Die Naturalabgaben betragen im Durchschnitt die Hälfte, nicht selten aber 70 bis 80 Proz. des Ertrages. In der Nähe von den Städten überwiegen jetzt die Geldabgaben. In dem letzten Jahrzehnt sind die Pachtabgaben infolge der Steigerung der Bodenpreise außerordent-

lich gestiegen. Manchmal grenzen die Abhängigkeitsverhältnisse an tatsächliche Leibeigenschaft.

Die Größe der selbständigen bäuerlichen Betriebe schwankt zwischen 15 und 50 Mou (1 Mou = 675 Quadratmeter). Diese Betriebe bilden ungefähr 40 Proz. aller landwirtschaftlichen Betriebe. Es gibt aber, besonders in der Nähe der Großstädte Zwergbetriebe von 2—5 Mou, die eigentlich Gärtnereien sind. Ueberhaupt muß berücksichtigt werden, daß in Süchina, wo die Zwergbetriebe besonders stark verbreitet sind, zwei bis drei Ernten jährlich gezeihen. Wenn in China auch der Kleingrundbesitz überwiegt, so gibt es doch besonders in den Nordgebieten Riesengrundstücke von Tausenden und Zehntausenden von Mou. Die Bauernwirtschaften von 15 bis 40 Mou müssen meist ein bis zwei Familien beschäftigen und ernähren.

Der Landhunger ist außerordentlich. Steuerdruck und hohe Verschuldung treten hinzu.

Der Steuerdruck ist um so stärker, als die eigentliche Grundsteuer durch Zwangsabgaben zugunsten der Ortsbehörden und kriegerischen Generele oft verdreifacht wird. Die Verschuldung der Bauern ist gleichfalls durch das eigenartige Pachtsystem sehr hoch. Immerhin ist die Lage der chinesischen Bauern eine ungemein schwere auch dort, wo sie ihr Grundstück selbst bewirtschaften. Der gesamte Jahreshaushalt einer chinesischen Bauernfamilie beträgt schätzungsweise nur 450 M. gegenüber mehr als 6000 M., die die durchschnittliche Farmerfamilie in den Vereinigten Staaten ausbildet. Seine kümmerliche Existenz kann der chinesische Bauer nur durch Seidenraupenzucht und auswärtige Lohnarbeit verbessern. Das Wohnverhältnis ist unbeschreiblich. Kaum 5 bis 10 Proz. der Landbevölkerung können lesen und schreiben. Die Hauptursache des heutigen bäuerlichen Elends, wichtiger noch als Landmangel und Besitzverhältnisse, ist die Rückständigkeit der chinesischen Landwirtschaft. Die letzte große Hungersnot, die viele Millionen Bauern betraf und wohl auch Ursache der jehigen Aufstände ist, war keine Zufälligkeit. Es genügt eine Missernte, um eine Hungersnot herbeizurufen, gibt es doch kaum Verkehrsmittel über weite Strecken in China.

Der Krieg der Generale hat der Bauernschaft ungemein viel Unheil gebracht.

Die Bauern wurden rücksichtslos ausgeplündert und der Willkür der Militaristen ausgeliefert. Die Grundlage der chinesischen Landwirtschaft, das uralte Reiz der Bewässerungsanlagen, geriet in Gefahr. Aber der neue Aufschwung der nationalrevolutionären Bewegung, besonders nach den Regierungen von Schanghai Ende Mai 1925, hat auch die Bauernschaft zuerst in den Südprowinzen erweckt und mitgerissen. Der Proteststreik der Arbeiter war das Signal zur Revolutionierung und Organisierung der Bauernschaft. Revolutionäre Studenten, wie vor Jahrzehnten in Rußland, strömten nach dem flachen Lande. Bauernorganisationen sprossen überall wie Pilze aus der Erde. Die uralten Selbstverteidigungsorganisationen der Bauernschaft, wie „Rote Lanzen“, „Große Messer“ usw. wurden in revolutionären Trupps reorganisiert.

Die nationalrevolutionäre Kuomintangpartei, die damals noch die Kommunisten umfaßte, hat sich die Aufforderung und Organisierung der Bauern unter der Losung der Agrarrevolution zum Ziele gesetzt. Als aber die siegreiche bürgerliche Diktatur sich in Kanton als eine nationale Regierung behauptet hatte, brauchte sie keine Arbeiter- und Bauernorganisation mehr. Von der Agrarrevolution wollte sie nichts mehr wissen. Die Bauernorganisationen wurden aufgelöst und unterdrückt. Diese Vernachlässigung der Bauerninteressen und die Kantoner Diktatur gegen und über die Bauernschaft haben sich schon jetzt gerächt: Die Vernachlässigung und Verschiebung der Agrarreform hat zu bewaffneten und wenigstens vorübergehend sehr gefährlichen Bauernaufständen gegen die nationale chinesische Zentralregierung geführt.

Senkt die Kohlenpreise!

84 Prozent Handelspanne. — Merkwürdiger Appell des Kohlenkommissars.

Die Kohlenbarone wollen die Bergarbeiterlöhne senken, obwohl die Bergarbeiter gerade diejenige Arbeiterkategorie sind, die schwer unter der Krise leidet. Der Durchschnittslohn der Ruhrbergarbeiter dürfte sich gegenwärtig um 9 Mark herum bewegen. Diesen Lohn erhält der Ruhrbergarbeiter aber nicht, da sich durch die vielen Frierischnichten — bis acht in einem Monat — ein ganz erheblicher Verdienstausschlag ergibt. Der Ruhrbergarbeiterlohn ist, was Beachtung verdient, niedriger als in dem wichtigsten Konkurrenzland England.

Wie in der Eisenindustrie soll auch im Kohlenbergbau die Lohnsenkung dazu benutzt werden, um die Preise zu senken. Wir haben es wieder mit einem Fall zu tun, wo die vom Unternehmertum und der Regierung Brünning versprochene Preislenkung ausschließlich auf Kosten der Arbeiterschaft durchgeführt werden soll. Wie in der Eisenindustrie können wir auch jetzt schon sagen, daß die angekündigte Kohlenpreissenkung nicht zu einer Wirtschaftsbelebung führen wird. Die Kohlenbarone haben ja bereits verraten, daß sie die Lohnreduzierung benutzen wollen, um die Exportpreise zu ermäßigen, nicht aber die Inlandspreise. Der Bergarbeiter soll also einen Teil von seinem schon an sich niedrigen Lohn hergeben, um den Konkurrenzkampf der Ruhrkohle gegen die englische Kohle in den sogenannten besetzten Gebieten zu finanzieren. Auch in der Eisenindustrie wurden ja nur die Auslandspreise wesentlich gesenkt. Keinesfalls soll sich im Bergbau wiederholen. Wie hier eine Wirtschaftsbelebung herauskommen soll, bleibt das Geheimnis der Bergbaubarone und der Regierung Brünning.

Wir sind der Auffassung, daß eine Senkung der Kohlenpreise durchaus möglich ist, ohne daß man die Löhne zu kürzen braucht. Der Preisabbau durch Brünning, der frampfhaft nach Gelegenheit für den versprochenen Preisabbau sucht, soll sich nur einmal die Kohlenhandelspanne anschauen. Sie liegt unangemessen hoch. Dafür nur ein Beispiel: Die Stadt Bochum rühmt sich, die größte Kohlenstadt des

Kontinents zu sein. In Bochum beträgt bei einem Kohlenpreis ab Wert von 16,87 Mark für die Tonne Freiförderkohle der Kleinhandelspreis bei einer Abnahme von mehr als 20 Zentner 27 Mark, von 10 bis 20 Zentner 29 Mark und bei Abnahme unter 10 Zentner (das ist, da Bochum eben Arbeiterstadt ist, die für den kleinen Mann übliche Menge) sogar 31 Mark. Die Handelspanne beläuft sich im letzten Falle auf 84 Proz. Dabei sind in die Abwertpreise schon 6 Proz. Handelsnutzen eingerechnet.

Kohlen kaufen ohne Geld?

Der Reichskohlenkommissar hat einen Aufruf erlassen, mit der Aufforderung, daß die Bevölkerung rechtzeitig ihren Winterbedarf an Brennstoffen eindecken soll. In diesem Jahre seien die Brennstoffbezüge für Hausbrandzwecke außerordentlich niedrig gewesen; von Januar bis Juni bei Steinkohlen nur 5,37 gegen 8,25 Millionen Tonnen, bei Koks nur 2,71 gegen 4,30 Millionen Tonnen und bei Braunkohlenbriketts nur 9,31 gegen 13,44 Millionen Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahres. In Berlin seien vom Januar bis Juni nur 950 000 Tonnen gegen 1 482 000 Tonnen im Vorjahr angeliefert worden. Die Voreindeckung sei nötig, um Schwierigkeiten im Winter zu vermeiden.

Der Reichskohlenkommissar ist ein naiver Mann. Die dreien Kohlen würden gern kaufen, wenn sie Geld hätten. Darüber hinaus wendet sich der Kohlenkommissar mit einem Appell aber an die falsche Adresse. Das Volk braucht keine Aufrufe, das Volk braucht billigere Preise. Der Reichskohlenkommissar wolle sich also an die Kohlenhändler wenden und die Händler, die bedauerlicherweise bemüht sind — vergleiche das oben zitierte und das Berliner Beispiel —, die Kohlenpreise noch zu erhöhen, statt sie zu senken. Unter diesen Umständen wird der Appell des Reichskohlenkommissars keinem Kohlenkäufer imponieren. Auch der Industrie und den Gas- und Kraftwerken nicht, die selbstverständlich

im Augenblick mit ihren Einflüssen zurückhalten, weil sie eine Kohlenpreiserhöhung erwarten. Also her mit der Senkung der Kohlenpreise, dann wird auch das Kohlengeschäft besser gehen.

Die Kohlenumlage soll erhöht werden.

Das Rheinisch-Westfälische Kohlen Syndikat denkt nach gar nicht an eine Senkung der inländischen Kohlenpreise. Sehr kommt aus Essen die Meldung, daß man die Kohlenumlage, mit der der Export zu billigeren Preisen finanziert wird, auf 2,50 Mark erhöht werden soll, und man hat auch schon von einer Erhöhung auf drei Mark gesprochen. Der Plan, nur gleichzeitig mit den Löhnen die Preise zu senken, geht offenbar dahin, die durch Lohndruck erzielte Lohnersparnis zur Kohlenfeldruderei ins Ausland, d. h. zur Verschlechterung der Konkurrenzbedingungen der deutschen Industrie zu verwenden.

Die Kohlenpreissenkung ist möglich und nötig, sie muß ohne Lohnkürzung ausschließlich für das Inland in ausdehnender Weise erfolgen. Lohnkürzungen und erneute Schmelzerei müssen bekämpft werden, weil auch bei der Kohle die Konkurrenzfähigkeit im Ausland letztlich nur von einem kaufkräftigen und kaufwilligen Inland abhängt.

Krise droht Motorradabsatz.

Rückgang bei Kleinstmotoren am stärksten.

Benutzt man die neuesten Ziffern des Kraftfahrzeugabfahres als Gradmesser der Kaufkraft, so ergibt sich, daß in diesem Jahre keine Bevölkerungsschicht von der Wirtschaftskrise so hart betroffen worden ist wie die Arbeitenden, die bei geringerer Arbeitslosigkeit als Hauptkäufer von Kleinstmotoren in Betracht kommen würden. Der Absatz steuerfreier Motorräder unter 200 Kubikzentimeter Zylinderinhalt betrug auf deutschem Boden im Juni dieses Jahres nur noch ein Drittel des vorjährigen Juniabfahres.

Die Produktions- und Abfahrtsziffern der meisten anderen Kraftfahrzeugarten sind zwar gleichfalls zurückgegangen, aber doch nicht in diesem Ausmaß. Um bei den Motorrädern zu bleiben, so ist zunächst hervorzuheben, daß die Produktion von steuerpflichtigen, also stärkeren Zweifaktormotoren gestiegen ist im Gegensatz zu der Allgemeinentwicklung und auch zu der Vierakterfabrikation. Die Zweifakter werden fast ausschließlich in Deutschland hergestellt, und hier wieder von den größten Motorradfabriken. Die großen haben also ihre Erzeugung auf Kosten kleinerer Werte ausdehnen können, was auch durch Veröffentlichungen einzelner Firmen schon belegt worden ist. Vermutlich ist das Bordieren des Zweitaktlers auch darauf zurückzuführen, daß für immer größere Schichten die Frage des sofort anzulegenden Preises vor die Qualitätsfrage tritt. Die Aufschläge bei Motorradkäufen auf Abschahlung sind immer noch viel zu hoch; 20 bis 30 Proz. Jahreszinsen neben drückenden Versicherungsbedingungen für den Käufer sind an der Tagesordnung.

Der Abfall von Personenkraftwagen betrug im Juni etwa zwei Drittel des vorjährigen Juniabfahres, der Lastkraftwagenverkauf ging auf die Hälfte zurück. Leute, die sich unter normalen wirtschaftlichen Verhältnissen wohl einen stärkeren Wagen gekauft hätten, griffen zum Kleinstauto. So hat sich der Anteil der Kleinstautos im Juni dieses Jahres vom gesamten Personenkraftwagenabfahres seit dem Jahre 1928 fast verdoppelt. Unter hundert in Deutschland verkauften Personenkraftwagen befanden sich im Jahre 1928 nur zehn Kleinstautos, im Mai 1930 schon fünfzehn und im Juni 1930 etwa neunzehn. Die fortgesetzte Verteuerung der Betriebsstoffe hat wahrscheinlich die Vorliebe der Autofahrer für kleine Wagen mit geringem Verbrauch verstärkt.

Das Volk will mehr Weizen.

Die Umstellung der Ernährung drängt den Roggenverbrauch zurück.

Das Statistische Reichsamt bringt einen neuen Beitrag für die Tatsache, daß der Roggenverbrauch wegen der immer stärkeren Abwendung des Volks vom Roggenverzehr zurückgeht und daß letztlich alle Roggenpropaganda vergeblich sein muß. In „Wirtschaft und Statistik“ wird in einer Produktionserhebung über die deutsche Getreidemüllerei für 1927/28 festgestellt, wie stark gegenüber der Vorkriegszeit der Roggenverbrauch gesunken ist. Von 39,1 Millionen Doppelzentner Roggenzeugnisse im Jahre 1909/10 ging der Verbrauch auf 31,0 Millionen Doppelzentner im Jahre 1927/28 oder um 20,8 Proz. zurück. Pro Kopf dank dem Verbrauch an Roggenzeugnissen, d. h. in erster Linie von Roggenmehl in der gleichen Zeit von 60,3 auf 48,6 Kilo oder um 19,1 Proz. Der Verbrauch von Weizenzeugnissen ist in der gleichen Zeit um 4 Proz. gestiegen.

Gegen sakrale Wandlungen in der Ernährungsweise sind alle Kalamationen vergeblich. Die Einschränkung des Roggenanbaus ist die einzig mögliche Parole für den Landwirt, der gute Roggenpreise will.

Die Schulden der Städte.

Umschuldung verringert den Zuwachs.

Im ersten Quartal 1930 hat sich der Zuwachs der Schulden bei den deutschen Großstädten verringert. Die Zunahme betrug nur 173,5 gegen 234,6 Millionen im letzten Quartal 1929; insgesamt betragen die Großstadtschulden am 31. März 1930 4,60 Milliarden Mark, wovon rund 1,50 Milliarden als mittel- und kurzfristige Schulden zu bezeichnen waren. Die verringerte Schuldenermehrung bei den Großstädten ist ein neuer Beweis, daß die begonnene Umschuldung wirksam und daß die organisierte Selbstkontrolle der Städte erfolgreich ist. Die Gesamtschulden von Reich, Ländern und 44 Großstädten betragen am 31. März 1930 16,97 Milliarden oder 0,60 Milliarden mehr als Ende 1929.

Neuer Rückgang der deutschen Stromerzeugung. Die deutsche Stromerzeugung von 122 großen deutschen Elektrizitätswerken ging nach „Wirtschaft und Statistik“ im Juni abermals zurück. Sie betrug in diesem Monat arbeitstägig 48,75 Millionen Kilowattstunden gegenüber 49,55 Millionen im Mai 1930. Der Rückgang gegenüber dem Monat Juni vorigen Jahres beträgt 6,1 Proz.

Preiserhöhung für Konkrete. Die Mitgliedsfirmen des Schupoverbandes der deutschen Konkreteindustrie haben in diesen Tagen Preisoberabhebungen für eine Reihe ihrer Erzeugnisse vorgenommen. Infolge des Sinkens der Rohwasserpreise und der Anfristung eines Sondertarifs der Reichsbahn für alle größeren Konkreteexporte haben die Gestehungskosten eine Senkung erfahren.

Max Barthel: Ausbruch aus dem Käfig

Der Schlosser Karl Niemann hatte die halbe Nacht in einer von den siebzehn Kneipen der trostlosen Straße getrunken. Am Mitternacht brach er mit einem der billigen, bemalten Mädchen auf, die „Schnapamatrasen“ genannt wurden, und am nächsten Morgen stand er ermüdet auf der grellen Straße und hatte keinen Pfennig Geld mehr. Der Lohn einer langen, mühseligen Woche war in einer sinnlosen Nacht verlor.

Als Ketten Schmidt und Wagner, zwei junge Arbeiter, an jenem Morgen nach dem Bahnhof gingen, um ins Grüne zu fahren, sahen sie Niemann auf der Straße und hörten ihn brüllen.

„Mein Geld müßt ihr herausgeben, ihr Kerle, gebt mir mein Geld wieder!“ brüllte er und schlug mit der Faust in die blühende Schenke jener Kneipe, in der er die halbe Nacht geessen und getrunken hatte. Leute liefen zusammen, die Polizei kam. Ketten Schmidt und Wagner konnten diese Szenen am frühen Sonntag, sie blieben nicht bei den Caffern, sie besaßen sich, ihren Zug zu bekommen. Und sie bekamen ihn auch.

Die Waggons waren überfüllt. Es war wie an den frühen Morgen der Werkwoche, wenn die Sirenen mit ihrem Geschrei begannen, um die Geschwindigkeit der rasenden Vorortzüge noch mehr zu beschleunigen. Der Waggon also war überfüllt, und unter den Passagieren sah ein zwölfjähriges Mädchen von jener Reife, wie sie nur südländische Blut hervorzaubern kann. Sie sah neben ihren Eltern. Die Eltern waren dünn und kümmerlich, es war, als hätte jenes Mädchen schmerzhaft die schmelzende Kraft der Mutter und die harte Sicherheit des Vaters in sich getrunken.

Der Zug raste über die Schienen, die Stadt zerbrach plötzlich und löste sich auf. Noch wuchsen zwischen den grünen Gärten pyramidenförmige Häuserblöcke, aber schon schimmerten Wälder und kleine Seen. Dann hielt der Zug, verschluckte eine Minute und raste in die Stadt zurück, um neue Menschenmassen zu verladen und dann ins Freie zu weichen, in das Grün, in die sommerliche Schönheit der Wälder.

Dieser Sonntag war wie der Vorführer in einem großen Theater und zeigte sein Kino: Landschaften, Gasthäuser, Abenteuer und Erlebnisse, stille Tragödien und lachhafte Lustspiele. Alles war da und lodte. Das groteske und doch zauberische Spiel begann und hieß: Berliner Sonntag. Ketten Schmidt und Wagner sahen jenes Spiel und machten mit.

Vom Bahnhof wanderten sie in drei Minuten nach dem kleinen Fluß und fuhren auf einem bewimpelten Schiff den grünen Wäldern zu. Das Schiff war schnell überfüllt, man sah Arbeiter, kleine Beamte und Bürger, man sah Mädchen mit ihren Liebhabern. Frauen mit ihren Männern oder Kindern, auch Kinder konnte man sehen, um die der Unverstand der Eltern wie eine Peitsche knallte. Dann begann Musik.

Das Schiff drehte sich und schwamm auf den Fluß hinaus, der von den giftigen Abwässern einer chemischen Fabrik sonderbar verfarbt war. Das Schiff wühlte im schmutzigen Wasser und fuhr in jener Wolke von Wind und Lärm dahin, die immer nahe am Zerplatzen ist, wenn einige hundert sich unbekannte Menschen zusammenfügen und sechs harte Arbeitstage hinter sich haben.

Noch einmal legte der Dampfer an, ehe seine große Reise begann. Noch einmal lärmte der Heberfall neuer Passagiere über das Verdeck, die Musik pausete erbarmslos, und die Gäste des nahen Gartenrestaurants wühlten nicht, was schöner war: am Fluße zu sitzen und die Schiffer vorüberfahren zu lassen oder auf eben bewaldeten Schiffen den Fluß hinunterzufahren und die Zurückbleibenden maßlos zu verachten.

In einem Tisch an der Balustrade nahe am Fluß saßen zwei junge Mädchen, und Ketten Schmidt war es, der zuerst lächelte. Als sich das Schiff in Bewegung setzte, lächelten sich vier junge Menschen an. Ketten Schmidt, Wagner und die beiden Unbekannten. Ihr Lächeln legte sich wie eine goldene Brücke über den Fluß und über den Garten.

Hinter den lächelnden Mädchen stand eine Denkmals. Ein durchaus nicht eigentlicher Rind ragte empor und breitete seine Hände legend über eine nackte Nixe. Ueber ihren weißen Leib ließen die Samtschatten der grünen Bäume. Ihr Kleid war aus Licht und

gestirte. Auch diese Nixe im kühlen Dunkel schien zu lächeln, als der Dampfer weiter fuhr.

Bis jetzt war das Land nur Gegend, aber nun wurde Landschaft und schrankenloser Tag. Der Fluß hatte sich gereinigt, glänzte hell und trieb sich nach den weiten Seegeestaden hin, an deren Ufern die nackten Leiber der Badegäste leuchteten.

Die kleinen Wellen schlugen übermütig an die schwarzen Uferwälder, über denen die Wiesen in leuchtgrünen und dottergelben Flächen stammten. Es war wunderschön. Ein junger Mann schwamm nach dem musizierenden Dampfer herüber und rief dann grüßend den rechten Arm trefend aus dem kühlen Wasser. Und an den Wiesen stand ein aufgeregtes Mädchen und rief: „Ottlo! Ottlo!“

Das Schiff stampfte weiter und nach einer kleinen Stunde war das Vorziel, eine große Sägemühle, erreicht. Die Wälder hinter den Wiesen waren ja gar keine richtigen Wälder wie im Süden, wo in den Buchenhallen mystische Schauer wehen, diese Wälder hier wuchsen auf dürrer Sand und waren eigentlich nur große, schwarze und schwermütige Holznieferlagen. Aber sie fanden doch Beifall. „Ottlogott“, freischte eine dicke Frau, schlug die Hände über dem Kopf zusammen und wandte sich ihrem Manne zu. „Ottlogott, Pause“, sagte sie, „sieh nur das viele, viele Holz!“

So, es gab viel Holz an dieser Station. Holz in den Wäldern, Holz an der Sägemühle und Holz im Wasser des Flusses. Von einem Fluß hatte sich ein Stamm gelöst und trieb quer auf dem kleinen Fluß. Dieser Stamm war aus der Reihe getanz und wurde nun zum Stammbaum erregter Gespräche und aufregender Minuten.

„Unverhört“, sagte der Mann und sah nur jenen Stamm im Fluß, „unverhört Schweinerei. Das ist ja beinahe polnische Wirtshaft! Wo ist die Wasserpolizei? Da kann ja das größte Unglück passieren!“

Und weil nun diese Geschichte an einem deutschen Sonntag passiert ist, auf einem deutschen Schiff, auf deutschem Gewässer und unter deutschem Himmel, so liegt die Vermutung nahe, daß dieser Stamm, der so ohne Erlaubnis sich vom Fluß löste, gar kein deutscher Stamm war, sondern von einem Baum im Osten stammte und weiter nichts war als ein ganz gewöhnlicher Baumstamm.

Aber das war deutsch: der Ruf nach der Polizei, und das Echo war deutsch: Ja, wo ist nun die Polizei? Doch die Polizei war fern. Zwei Matrosen vom Dampfer hatten nicht mitgehört. Sie sahen zwei große Stelen und gaben dem verdrehten Stamm die richtige Lage. Die kühnen Passagiere beruhigten sich und das Schiff fuhr weiter.

Der Dampfer fuhr weiter, und auf einmal wurde nicht mehr von der fehlenden Polizei gesprochen. Menschliches Geräusch erschütterte die wogehaltigen Flußufer, als neue Wellen mild in die malarischen Lagergruppen junger Leute spritzten.

Dann hatte diese Fahrt ein Ende, die Leute verließen das Schiff und veranworteten sich in den nahen Bierhöfen der vielen Gasthöfe. Ketten Schmidt und Wagner liefen am Fluß entlang, rissen sich endlich die Kleider vom Leibe, sprangen ins Wasser und fraßen sich des Loges.

Sie wanderten später weiter, kamen an einen versteckten Strand und sahen das Stanganul, das die große Stadt und die lange Arbeitswoche an die Ufer geworfen hatte: schöne und auch verblühte Mädchen, gutgemachte und auch rachsüchtige Kinder, dünne und auch dicke Frauen, milde und auch brutale Männer. Nein, es war nicht alles gut!

„Die große Stadt ist ein verdammter Käfig“, murmelte Wagner. „Die Tiere haben es schon besser“, meinte Ketten Schmidt. „Was hat diese Stadt aus dem Menschen gemacht!“

Ketten Schmidt stellte manchmal solche Fragen an das Schicksal. Wagner antwortete und dann gab es eine große Diskussion über die große Stadt als Mörderin, über die große Stadt als Kraftquelle. Endlich verstummte das Gespräch. Die Freunde wanderten weiter. Sie sahen die flammende Sonne, die kausenden Segel, die melanchoischen Wälder. Sie hörte das Zirpen der Grillen und den Gesang der Vögel. Und am Abend fuhren sie in die Stadt zurück, um sechs Tage zu arbeiten, damit sie am siebenten Tag nach der Natur heimkehren durften.

frauen konnten. Jede Sippe oder Familie konnte auf altem Gelände das an, was sie zum Leben nötig hatten. Wild und Fische lieferten Brot und Gemüse in ausreichendem Maße und es war eine der wenigen Beschäftigungen des „Herrn“, auf die Jagd oder den Fischfang zu gehen, während die Frau das Feuer hütete. Sie brüt das Wild am Spieß, füllte es mit glühenden Steinen, um nötiges Durchbraten zu sichern und wendete es von Zeit zu Zeit über dem lodenden Feuer.

Das erste Brot bestand nun nicht, wie man anzunehmen geneigt sein mag, aus Roggen oder Weizen, sondern aus zerstoßenen Eicheln, die es in Massen gab. Die Archäologie spricht von dem Weltbaum Jgg Brasil, der nach verschiedenen Sagen den ersten Menschen nach der Einflucht Nahrung lieferte. Jgg ist mit „oak“, dem englischen Wort für Eiche verwandt. Man „put“ aus dem Mehl der Eicheln kuchenförmige Brote. Sehr viel später erst verwendete man auch zerstoßenes Korn und noch später entdeckte man die Möglichkeit des Mehles, Wasser aufzunehmen. Jetzt konnte man das Feuer zu Hilfe nehmen, während bisher das Brot wohl geformt, aber roh genossen wurde.

Die Zeiten haben sich geändert. Hört man von diesen Urkuchenrezepten, dann ist erst möglich, die ungeheure Wandlung in den Jahrhunderten, die hinter uns liegen, zu erkennen. Und doch ist vieles noch heute das gleiche, sind manche Speisen noch heute bevorzugt und gelten wie damals als gut. H. R.

Immer noch unerforschtes Land!

Die weißen Stellen auf der Erdkarte sind in Jahrhunderten unermüdbar Endbedürftigkeit immer mehr zusammengeschrumpft. Sie sind aber noch nicht ganz verschwunden, und es gibt immer noch unbekannte Gebiete von gewaltiger Ausdehnung. Ueber die Erforschung eines dieser weißen „Flecken“ durch den Engländer Bertram Thomas berichtet kürzlich ein Vortrag in der königlichen Geographischen Gesellschaft in London. Bertram Thomas ist der finanzielle Berater des Sultans von Oman (Arabien), aber er gibt sich, wie man sieht, nicht nur mit Geldgeschäften ab. Das Gebiet, das er erforscht hat, ist die große zentralarabische Sandwüste Kooaba el Chabi, die etwa so groß ist wie Frankreich und Spanien zusammen. Den Plan zu dem Unternehmen sah Thomas auf einer Studienexpedition durch gleichfalls noch sehr wenig erforschte Gebiete von Oman. Am 11. Januar 1928 brach er von Dhofar auf, begleitet von 28 berittenen Babus (Eingeborenen), seinem Sekretär Ali Raham-meh, seinem Diener und neun Kaskamelen. Die erste Station war El Quatan. Hier war in den Jahren 1894/95 schon einmal eine europäische Expedition gewesen. Dann ging es unter unglücklichen Anstrengungen nordwärts durch die Gebiete des Weihrauchbaumes und durch unendlich trostlose Ebenen ins Ungewisse hinein. Am 10. Januar zwang Wassermangel zur Vorhast. Auch waren die mitgenommenen Kamel nicht geeignet für große Sandreisen und übermüdet. Thomas beschloß, die große Sandwüste zu umgehen und das Wadi-System der Oase Rughsin zu untersuchen. Das Gepäck mußte auf ein Minimum reduziert werden. Nach langer, mühseliger und gefahrvoller Reise durch die, sandigen Gegenden tauchten endlich am 25. Juni die riesigen Oas-Bäume der Oase Rughsin auf. Von dort aus unternahm dann Thomas mit einigen Begleitern einen Vorstoß in die Wüste. Ergebnis: soweit das Auge reichte, ein einziges, ungeheures totes Meer von Sand. Auf dem Rückweg sammelte er unzählige Mengen von Vögeln, Fossilien und machte meteorologische und astronomische Beobachtungen. Man darf den Erfolg dieser Expedition nicht gering schätzen, weil sie nur das Vorhandensein einer riesigen Sandwüste bestätigte. Thomas hat mit seinen Begleitern ein Gebiet bereist, das England an Größe nicht nachsteht, hat die, unzweifelhafte Wüsten voller Gefahren bezwungen, in die noch nie ein Europäer seinen Fuß gesetzt hat.

Theater um eine Theateraufführung

Vor nicht allzulanger Zeit schloß das englische Gesetz ein Bühnenwerk nur dann, wenn dessen erste Aufführung auf englischem Boden stattgefunden hatte. Um diese Bestimmung zu erfüllen, wurde in vielen Fällen eine Scheinaufführung veranstaltet, eine „Stille Premiere“. Der Impresario mietete zu diesem Zweck ein Londoner Schauspielhaus für einen Rachmittag, ließ einen einzigen Akt eines Theaterstücks herstellen und engagierte einen einzigen Schauspieler oder Sänger. Zur festgesetzten Stunde wurde die Theaterkasse geöffnet; der Impresario erschien, ging zur Kasse, besah sich vielleicht auch noch die Tafel mit den Preisen der Plätze. Wenn er dann festgestellt hatte, daß es Plätze von 10 Schillingen bis herunter zu 6 Pennen gab, kaufte er einen Platz, oftmals den billigsten, dazu einen Theaterzettel für 2 Pennen und begab sich schmunzelnd in das Theater, wo er sich von dem einzigen Schauspieler einen einzigen Monolog aus dem Stück vorgetragen oder von dem einzigen Sänger eine einzige Arie vorströgen ließ. Damit war die „Erfüllung“ darüber und die Forderung des Gesetzes erfüllt. Einwendungen waren unmöglich, denn das Kriterium einer öffentlichen Vorstellung — der Verkauf von Eintrittskarten und von Theaterzetteln — war nicht wegzuleugnen. Der Impresario war nämlich so vorsichtig gewesen, einen Notar mit zur Kasse zu nehmen, damit dieser ihm den Kauf der Eintrittskarte und des Theaterzettels nach allen Regeln des Gesetzes beglaubigen konnte.

Die goldene Pistole der Pariserin

Kleinfache kleine Augustrevolver bilden den neuesten „Lolitengegenstand“, den die Pariserin in ihrer Handtasche mit sich führt. Es ist nicht überraschend, daß sich die Waffenfabriken jetzt auf den Geschmack und die Bedürfnisse des schwächeren Geschlechts einstellen, denn man hat erst kürzlich wieder hervorgehoben, daß in Paris mehr Revolver und Selbstladepistolen von Frauen als von Männern gekauft werden.

Infolge der beständig zunehmenden Revolververbrechen von Frauen ist diese Erscheinung ein beliebtes Thema für Witze geworden. So fragt z. B. der Hausherr beim Essen das Mädchen: „Was ist denn das für ein Kärm?“ Worauf diese erwidert: „O, das hat nichts zu bedeuten; die Dame von nebenan erschießt nur ihren Mann.“ In den Läden der Waffenhandlungen sieht man jetzt entzückende Stelchen von solchen Waffen, die sich für zarte Hände eignen; es sind zierliche Revolver, z. T. mit dem Griff und dem Hahn aus Gold, die deswegen aber nicht weniger tödlich sind; sie liegen in Kästchen, die mit zerkleinerter Seide ausgefüttert sind. Es gibt auch Kästen, in denen diese entzückenden Waffen gleich paarweise liegen, und Pariser Blätter vermuten, daß es sich dabei um Hochzeitsgeschenke handelt, da ja ein Paar Revolver heutzutage zur Ausstattung eines jungen Haushalts gehört.

Der Männerüberschuß in Indien. Der vor einiger Zeit in den Grundzügen veröffentlichte Bericht der Simon-Kommission über die Indiens enthielt einige bemerkenswerte Angaben über die Bevölkerungsbewegung. Danach wurde im letzten Jahr im Gesamtgebiet Britisch-Indiens durch Zählung und Schätzung errechnet ein Männerüberschuß von annähernd 9 Millionen. Der Ueberfluß wird auf die hohe Sterblichkeit der Mütter zurückgeführt, die durch allzu frühe Heirat und ungesundes Leben in den Häusern ihre Kraft vorzeitig verzehren.

Bernhard Krüger:

Man sieht sich wieder

Fünf Jahre sind eine lange Zeit, besonders wenn man um die Dreißig herum ist. Ich habe es neulich deutlich gemerkt, als Wisse kam. Wisse, die herzige blonde Dänin, groß und schlank wie eine junge Lanna, mit weichen Händen und noch weicherem Gemüt. Wir hatten uns genau fünf Jahre lang nicht gesehen. Ich weiß noch, wie wir damals in Köln Abschied nahmen. Das gute Kind meinte, und mir war auch nicht recht zu Mut. Schließlich hatten wir beide mehrere Monate hindurch gute, sehr gute Freundschaft gehalten. Kannten uns beide gegenseitig so gut wie Ehegatten. Sie hatte mich während meiner Studienzeit rührend demütigt, mit meine Wünsche in Ordnung gehalten und den Kaffee getostet. Sie hatte in goldtrappen Zeiten für die sehr substanzvoll ausgestatteten Butterbrote Geld getragen und fand immer neue Gelegenheiten, ihre Liebe und Herzengüte zu beweisen. Bis es dann eines Tages aus war. Wisse mußte zurück nach Dänemark. Und dann meinte sie am Bahnhof, und mir war auch nicht recht zu Mute.

Nach fünf Jahren kam sie wieder. Wir haben in der Zwischenzeit nur selten geschrieben. Warum auch? Wisse war mit einem Schweden verlobt, und ich schrieb tausend Sachen, um mich über Wasser zu halten. Bis dann neulich des Telegamm kam und einen Tag später Wisse selbst. Ich habe sie natürlich vom Bahnhof abgeholt und auch ins Hotel begleitet. Sie kam am frühen Morgen um 6 Uhr an, war die Nacht hindurch gefahren. Und mir zog sich das Herz zusammen, als ich Wisse sah und bemerkte, wie müde sie war. Gewiß, auch müde von der Fahrt; aber da war noch etwas anderes Müdes in ihr. Und der Ruf fiel mir schwer. Sie atme mir auch gar zu kalt die Wangen geboten.

Dann sahen wir im Taxi und fuhren zum Hotel. Wisse sagte nach meiner Hand.

„Freust Du dich, daß ich hier bin?“

„Ja, Wisse.“

Dabei küßte ich ihre Hand und wie einmal fällt mir ein, wie sie vor fünf Jahren immer gesagt hatte: Nicht die Hand, dunkler Lunge, der Mund ist zum Küssen da. Hierher, Küßgehalt!

Heute sagt sie nichts. Ruhig sitzt sie neben mir und sieht mich an. Ich schreibe alle Müdigkeit auf die lange Nachtfahrt und hoffe auf den Nachmittag, an dem Wisse wieder ganz frisch und jung sein wird.

Doch am Nachmittag sitzt sie mit im Garten gegenüber, bedient mich wohl wie früher, streicht ein Butterbrotchen, rührt sogar meinen Kaffee um — aber, da fehlt doch etwas. Ich sehe sie genauer an, erkenne, wie scharf die Augen geworden sind, wie hier und da kleine Fältchen stehen, und im Haar sehe ich jetzt einige graue Strähnen.

Wisse, meine goldblonde Wisse, wird alt. Wie kalt sie ist, wie ruhig sie neben mir sitzt.

„Wie geht denn die Schreiberei? Du siehst nicht gut aus. Hoffst Du niemand, der sich um Dich bekümmert?“

Die alte Herzlichkeit finde ich nicht mehr bei ihr. Wie grausam von ihr, mich an mein schlechtes Aussehen zu erinnern. Fast möchte ich ihr sagen, daß sie graue Haare hat und einige kleine Falten im Gesicht, doch ich träge es nicht fertig. Sie sieht mir zu gut im Gedächtnis, ich liebe sie noch immer. Das heißt, nicht die Frau, die da neben mir sitzt und mir den Kaffee einsetzt. Ich liebe die Wisse von damals, die wild auf meine einfache Bude gestürzt kam, mir um den Hals flog und sagte: Küß mich, Mensch, ich habe mich eben schwer geübert. Und die dann selbst zu küssen anfing, bis — ja, bis eben der Koffer fort war.

Wir haben am ersten Tag nicht zurückgefunden in unser Jugendland, am zweiten und dritten auch nicht. Es war eine Oufärel für uns beide, glaube ich; und es war gut, daß Wisse bald abfuhr, obwohl sie zuerst vierzehn Tage hierbleiben wollte.

Am Bahnhof hat sie dann nicht geweint, sondern ist lachend abgefahren, wenn es mir auch so vorkam, als ob ihr Lachen nicht ganz echt und rein war. Als sie dann aber fort war, ging ich nach Hause und verbrannte alle Briefe und Photos, die sie mir im Laufe der vergangenen fünf Jahre geschickt hatte. Und sie hat es wahrhaftig genau so gemacht, denn wir schreiben uns nicht mehr und haben uns damit abgefunden, fünf Jahre älter geworden zu sein.

Was aßen die Urmenischen?

Ueber die Ernährung des Urmenischen geben Funde von Küchenabfällen an der dänischen Küste Aufschluß. Dieser Haufen Küchenreste zeigt starke Ähnlichkeit mit dem heutigen Kompost- und Misthaufen auf dem Lande. Jahrlangendelang hat sich ein solcher Abfallhaufen erhalten und erst vor kurzem untersuchte man ihn näher. Er bestand aus Millionen von Kernen und Schneiden, gebäuten, Kernen exotischer Vögel, ganz besonders aber aus Heringsresten. Das Essen der Urmenischen bestand also vornehmlich aus Heringern, denn diese Reste sind besonders häufig vorgefunden worden. Außerdem aber fand man solche anderer Fische, unter anderem Aal, Kabeljau, und Lachsabfälle. Wildschweine, Stachelschweine, Hirsche und Rehe galten gleichfalls als wohlgeschmeckende und bestliche Kost. Weit weniger fanden sich Ueberreste von Wäffen, Krähen, Hirschen und Quacken. Nebenbei wurden jedoch Beeren, Knollen, Wurzeln und Nüsse nicht vernachlässigt, so daß dem Ur-Menschen eine gewisse Reichhaltigkeit und Abwechslung nicht abgesprochen ist.

Aus geologischen Funden bestätigt sich weiter, daß zur Zeit des Aufkommens systematischer Ackerbauung Roggen, Dinkel, Erbsen und Bohnen die ersten Pflanzen waren, die sich einer Vorliebe er-